

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Artikeln 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Vatikan und die Republik.

Paris, 18. Mai. (Fig. Ver.)

Die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Frankreich unter der dritten Republik stehen in einem strengen Parallelismus zur inneren Politik der letzteren, da die französische Kirchenpolitik enger als anderswo mit dem ganzen weltlich vorherrschenden Regierungssystem verknüpft ist. Der Napoleonische Konkordat, der seit 1801 Frankreich an das Papsttum vertragsmäßig bindet, läßt zwar die kirchenpolitische Bewegungsfreiheit der Republik, und das um so mehr, als die Verteidigungs- und Repressionswaffen, die Napoleon I. im Konkordat für den Staat ausbedungen hat und unbedenklich angewendet, außer Gebrauch gekommen und nicht mehr anwendbar sind. Dieser Umstand aber freizert gerade den Druck der allgemeinen innerpolitischen Strömungen auf die Kirchenpolitik und damit direkt auf die päpstlich-französischen Beziehungen.

Der latente Gegensatz zwischen der weltlichen Republik und der vertragsmäßig privilegierten Stellung der katholischen Kirche wurde 20—25 Jahre lang, seit dem endgültigen Siege der Republikaner Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, von den Verrückten der Republik abwechselnd ignoriert, geleugnet und verflüchtigt — stets zu Gunsten der Kirche. Das ehrwürdige republikanische Programm von 1869, das die Trennung zwischen Kirche und Staat forderte, wurde von den an die Macht gekommenen opportunistischen Bourgeoisrepublikanern zum alten Eisen gelegt. Im heroischen Zeitalter der republikanischen Partei, in den 70er Jahren, prägte Gambetta das Wort: „Der Antiklerikalismus ist der Feind!“ Später bekämpfte er und die Seinen die radikalen Proteste gegen die Subventionierung der katholischen Missionen mit dem andern gesüßelten Worte: „Der Antiklerikalismus ist kein Ausfuhrartikel!“ Indessen erschöpfte sich der Antiklerikalismus der Jules Ferry und Gambetta für den einheimischen Konsum in fruchtlosen Anlässen gegen die Kongregationen. Das war der erste und letzte Tribut der Bourgeoisrepublikaner an ihre antiklerikalen „Jugendbegeisterungen“. Auf die Dauer erkannten sie vielmehr in der Kirche einen wertvollen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Anfang der 90er Jahre erschlaffenden Sozialismus und den aus dem Trieb der Selbsterhaltung mit ihnen brechenden bürgerlichen Radikalismus. Unterrichtsminister Späcker, ein Schüler Gambettas, predigte offen den „neuen Geist“ der Versöhnung mit den kirchlich-reaktionären Parteien. Diese Denkmals- und Politik fand einen klugen Förderer und Inspirator in der Person Leo XIII., der den französischen Antiklerikalisten die „Massierung“ an die Republik im Interesse der Kirche ans Herz legte. Seinen höchsten Triumph feierte der „neue Geist“ im Kabinett Waldeck-Rousseau (1896—1898), unter dessen republikanischem Ausschuss die Antiklerikalisten zum erstenmal seit 20 Jahren die Vorteile einer regierenden Partei genossen.

Von da ab tritt eine Wendung ein. Gerade die Mölinese Regierung, die die gründliche Ueberwindung des Gegensatzes zwischen der weltlichen Republik und der privilegierten Stellung der Kirche einleiten zu sollen schien, wurde vielmehr zum Ausgangspunkt einer offenen Auflehnung jenes Gegensatzes. Die Dreifus-Affaire bildet unter diesem Gesichtspunkt bloß den zufälligen Anlaß, das beläufige konkrete Terrain des mit innerer Notwendigkeit entbrennenden Kampfes.

Der Rahmen eines Zeitungsartikels verbietet es, die Phasen dieses Kampfes im einzelnen zu beleuchten. Genug, das unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau herrschende Einverständnis verlor die Auseinandersetzung mit der Kirche auf einem Umweg, der für die einen ein bloßes Vorgefühl ermöglichen sollte, während die andere, die große Mehrheit der Wähler, in demselben ein bequemes Mittel zur Beweismäßigung der antiklerikalen Leidenschaften erblickten. Dieser Umweg war das Vereinsgesetz von 1901, das im Geiste Waldeck-Rousseaus, wie nachträglich zweifellos festgestellt werden konnte, dem alten Konkordat mit der Kirche ein neues Konkordat mit den Kongregationen hinzufügen sollte. Die weitere Entwicklung hat diese Absicht Waldeck-Rousseaus bereitet. In Combes und in der Einkammerschaft der 1902 neu gewählten Kammer hat das Vereinsgesetz Ausleger, Ausfühler und Fortsetzer gefunden, die die Kongregationen immer empfindlicher trafen. Aber auch Combes und ein jedenfalls erheblicher Teil seiner Mehrheit waren bis zuletzt dafür, die antiklerikale Aktion auf das antikongregationistische Gebiet zu beschränken. An dem Konkordat mit der Kirche scheuten sie sich zu rühren, trotzdem die Kirche immer ungeberdiger sich über das Konkordat hinwegsetzte, indem die Bischöfe und Erzbischöfe in Kollektivprotesten, in Hirtenbriefen und vom Altar herab gegen die Regierung auftraten.

Die Kirche zeigte sich logischer und kühner als die Antiklerikalen. Sie betätigte von Anfang an ihre im Wesen des Katholicismus wurzelnde Solidarität mit dem Königtum, während der offizielle Antiklerikalismus diese Solidarität überleben oder gar leugnen zu können vermeinte — aus dem Wunsche heraus, die Trennung zwischen Kirche und Staat zu vermeiden. Das auffällige Benehmen der kirchlichen Würdenträger mag übrigens zum Teil sich aus der ängstlichen, kompromißsüchtigen Haltung der Antiklerikalen erklären. Jedenfalls ist es der Alexus und mit ihm der Vatikan, die das meiste getan haben, um den antikongregationistischen Kampf über dessen beschränkten Zweck hinauszutreiben.

Aus dem bezüglichen französischen Selbstbuch weiß man, daß schon der diplomatisch-verföhnliche Leo XIII. in den ersten Anfängen jenes Kampfes der französischen Regierung in den Arm zu fallen suchte. Das war eine unbedingte Einmischung in die innere Politik Frankreichs, da die Königsorden außerhalb des Konkordats stehen, also der souveränen Kompetenz des französischen Gesetzgebers unterliegen, wie jede andere An-

gelegenheit. Delcassé, der Minister des Aeußern, und sein damaliger Ministerpräsident, Waldeck-Rousseau, stehen sich natürlich den päpstlichen Uebergriff gefallen — immer deshalb, weil sie einen Bruch mit dem Vatikan um jeden Preis vermeiden wollten. Leo XIII. Nachfolger, Pius X., ist erst recht nicht der Mann, Delcassés Leisetreterei zu schonen. Er protestierte gegen das jüngste Unterrichts-gesetz gleich in einer öffentlichen Ansprache an die Kardinäle, und das in einer von Europens Höflichkeit gar nicht überlindchten Sprache. Delcassé parierte diesen schweren Uebergriff mit einem — Protest unter vier Augen, und dabei ließ man es hier allgemein bewenden.

Der neueste Uebergriff des indiplomatistischen Papstes hat mit dem antikongregationistischen Kampfe schon nichts mehr zu thun. Er rüttelt direkt an dem historischen Verhältnis zwischen Frankreich und dem Vatikan gerade deshalb, weil und insofern er sich aus jenem vermoderten Verhältnis herleitet. Ich meine den päpstlichen Protest gegen Loubets Besuch in Rom. In der Form einer regelrechten Cirkulärnote an alle Mächte mißt sich da der Papst in eine Angelegenheit ein, die für Frankreich ein hervorragendes nationales Interesse bedeutet. Namens der Kirche, genauer namens der welt herrschaftlichen Ansprüche des Papsttums maßt sich der Vatikan das Recht an, die Aktionsfreiheit Frankreichs als einer Nation zu lähmen. . . . Damit scheinen endlich die gespannten Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan zu einem offenen Bruche herangereift zu sein. Ob aber dieser wirklich erfolgen wird, das läßt sich nach dem bisherigen Verhalten des Kabinetts Combes-Delcassé (oder vielmehr in diesem Falle: Delcassé-Combes) schwerlich bejahen. Ist doch Delcassé auch gegenüber dieser denbar schwersten päpstlichen Herausforderung seiner Vertuschungstaktik treu geblieben. Als vor ein paar Wochen die Herausforderung bekannt wurde, gab Delcassé in einer offiziös inspirierten Pressemeldung seinen heldenhaften Entschluß kund, den Text des päpstlichen Protestes seinerseits — geheim zu halten! Sonst ließ er noch dem Vatikan durch seinen Botschafter sagen, daß die französische Regierung den Protest sowohl in Form wie in Inhalt nicht annehme! Und damit Punktum.

Jetzt tritt der Zwischenfall in eine akute Phase wider den Willen Delcassés, indem die „Humanität“ den authentischen Text des verheimlichten Protestes veröffentlichte. (Die Echtheit des von Jaurès veröffentlichten Dokuments ist bereits vom Ministerium des Aeußeren anerkannt worden.) Ein recht gepfeffertes Regt! Man begreift, warum ihn Delcassé einen künftigen Geschehlich vorbehalten wollte. . . . Der Papst behandelt da Loubet und die französische Regierung als unzersehbliche Freveler, die sich an dem „Vertrag“ zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl verstoßen hätten. Er reißt ihnen unter die Nase die „herorragenden Privilegien“, die Frankreich kraft jenes Vertrages genieße, namentlich das französische Protektorat über die Katholiken im Orient. Deshalb hätte Loubet noch weniger als die Chefs anderer katholischen Staaten die „unverjährbaren Rechte“ des Papsttums (d. h. dessen Ansprüche auf den alten Kirchenstaat mit Rom als Hauptstadt) verletzen dürfen. „Wenn aber der päpstliche Kaminus trotzdem in Paris verbleibt, so einzig aus sehr wichtigen Gründen in jeder Beziehung spezieller Art und Natur.“ Nebenbei erfährt man aus dem Protest, daß der Vatikan schon vorher versucht hat, Loubets Romreise zu verhindern. Daß dieser Versuch fruchtlos geblieben ist, wird dem Angeklagten Loubet als ein weiterer erschwerender Umstand angerechnet. Schließlich versteht es sich von selbst, daß in dem Protest auch die italienische Regierung bezw. der italienische König dets mitgenommen wird: es bedeute eine „schwere Verletzung“ des Papstes, „wenn der Chef einer katholischen Nation in Rom, d. h. am Sitze des oberpriesterlichen Stuhls selbst und im apostolischen Palais selbst, demjenigen huldigt, der gegen jedes Recht die weltliche Souveränität des Papstes ansäßt. . . .“

Man sieht, der Vatikan spielt sogar mit dem Gedanken der Abberufung des Kaminus. Die „sehr wichtigen Gründe“, die ihn davon abgehalten haben, können, wie Jaurès schreibt, nur bestehen in der Hoffnung auf einen Regierungs- und Systemwechsel in Frankreich.

Die ministerielle Presse schlägt jetzt Lärm, noch viel lauter, als bei der ersten Nachricht vom päpstlichen Protest. Sie verlangt die Abberufung des französischen Botschafters am Vatikan und drängt zum Teil auf praktische Schritte zur Abkündigung der Trennung zwischen Kirche und Staat. Jaurès hält nunmehr die Trennung für „unvermeidlich und nahe bevorstehend“. Warten wir ab! Die Unvermeidlichkeit ist objektiv gewiß gegeben, und zwar lange schon vor der „schweren Ungeschicklichkeit“ des Papstes, wie der „Temps“ mit Bedauern den den Konkordats- und Antiklerikal-republikanern ungelegenen Protest schießt. Aber der bewusste Wille, den unvermeidlichen Gegensatz zwischen der antiklerikalen Republik und dem Vatikan durch die Abschaffung des Konkordats zu beseitigen, ist auch bei der jetzigen Einkammerschaft nicht zu finden. Was die „Rähe“ betrifft, so wird die Trennung jedenfalls erst in der nächsten Legislatur parlamentarisch spruchreif werden können.

Zu dieser Frage wird aus Paris über eine Beratung der Majoritätsgruppen gemeldet:

Paris, 20. Mai. Die Delegierten der Gruppen der Majorität der Deputiertenkammer traten vor der heutigen Plenarsitzung der Kammer zusammen, um in der Angelegenheit der Protestnote des Papstes gegen die Reise des Präsidenten Loubet zu beraten. Die Delegierten waren davon verständigt worden, daß die Regierung noch keine Antwort des Botschafters Ricard in dieser Angelegenheit erhalten habe. Die Delegierten erachteten es deshalb für unmißg, heute oder selbst später in eine Erörterung darüber einzutreten, ob die Regierung Ricard abberufen oder beurlauben solle. Wenn die Opposition in der Kammer in dieser Angelegenheit interpelliert, so werden die Delegierten eine Tagesordnung einbringen, in welcher das Verhalten der Regierung gebilligt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Mai.

Die Kündigung der Ewigkeit.

Unsre Anfrage, was denn der frühere Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf für Geheimpläne gegen den Umsturz in den Äften des preussischen Staatsministeriums niedergelegt hat, die seltsamerweise zur Kenntnis des Grafen Mirbach, dem Herrenhäuser, gelangt sind, ist bisher nicht beantwortet worden.

Zufällig wird gerade jetzt eines dieser Recepte bekannt, das in der liberalen Presse eine höchst unnötige Aufregung hervorbringt. Herr v. Jagemann war lange Jahre badscher Gesandter in Berlin und Bevollmächtigter im Bundesrat. Er verständig plötzlich aus diesem Amt und zog sich als Universitätslehrer nach Heidelberg zurück, wo er Vorlesungen über deutsches Verfassungsrecht hielt. Diese Vorlesungen sind jetzt veröffentlicht worden, und es findet sich in ihnen folgende sinnige Betrachtung:

„Die Geschichte der Völker zeigt, daß Einrichtungen, auf welche das öffentliche Vertrauen selbsten vor Generationen fußt, später kaum mehr funktionieren, und es ist solchenfalls kein Schaden, wenn die juristische Kammer für Reorganisationen verschiedene Hilfen besetzt. Mögen uns und andern Völkern Zeiten der Herrichtung stets erspart bleiben, in denen die Warnung des Reichskanzlers Grafen Bülow verfallen wäre, die Art nicht an die Wurzeln des Parlamentarismus zu legen! Die Möglichkeit, wenn Verfassungsänderungen nicht mehr fungieren, durch einstimmige Aufhebung des einen Bundes und Schließung eines neuen die Lebensfähigkeit frisch zu gewinnen, erscheint nicht als nationale Schädigung.“

Die Bundesfürsten können also „von Rechts wegen“ die Verfassung einseitig aufheben. Das ist natürlich staatsrechtlichbarer Unsinn. In dem Augenblick, wo die Verfassung zu stande kam, stellten sich die Fürsten selbst unter diese Verfassung. Es können danach irgend welche gesetzlichen Veränderungen nur innerhalb des verfassungsmäßigen Weges — gemeinsame Beschlüsse von Reichstag und Bundesrat — zu stande kommen. Uebrigens sind ja die Bundesmajestäten auch selbst nicht in der Lage, den von ihnen gestifteten Bund zu kündigen, da sie, wie erinnerlich, einen „ewigen“ Bund geschlossen haben; eine „Ewigkeit“ mit Kündigungsfrist scheint doch selbst „von Gottes Gnaden“ unmöglich.

Einige Staatsrechtslehrer, die gegen Jagemanns Theorie als unerhört öffentlich protestieren, geben sich ziemlich überflüssige Mühe, die Deduktionen des früheren Gesandten in ihrem Widerspruch aufzudecken. Mit „Recht“ und „Gesetz“ hat die Theorie nichts zu thun. Sie ist nur die mit äußerlichen Rechtsformeln verkleidete prinzipielle Anerkennung des Rechts auf Revolution, d. h. des Rechts, außerhalb des gesetzlichen Weges Umwälzungen herbeizuführen. Es ist ganz und gar thöricht und eine Verhöhnung des Gesetzgebegriffes, die geschichtliche Thatsache, daß es Gesetzbücher giebt, aus Elementen der Gesetzlichkeit begründen zu wollen. Das sind Machtfragen.

Herr v. Jagemann verteidigt einfach den Staatsstreich, den Umsturz von oben, oder — wie Graf Bülow sagen würde — den Anarchismus. Interessant ist daran höchstens, daß ein ehemaliges Bundesratsmitglied dieses Recht des Rechtsbruchs grundsätzlich anerkennt, und man wird sich nicht darüber beklagen dürfen, wenn nur auch die Völker das Recht der Revolution grundsätzlich verteidigen, zumal diese sich ja nicht „auf Ewigkeit“ verpflichtet haben.

Die Art aber, wie Herr v. Jagemann den reaktionären Rechtsbruch „gesetzlich“ zu begründen suchte, diese farce juristischer Finten, ist vollends keine neue Entdeckung. Seltsam ist nur, daß der Staatsmann eines liberalen Landes gerade im gegenwärtigen Augenblick atavistisch jene rechtshenkelnde Methode wieder anbietet, die in den Zeiten der preussischen Konterrevolution üblich war. So wurde die Aufhebung der Verfassung, die Oktroierung des Dreiklassenwahlrechts durch Friedrich Wilhelm IV. immer „rechtlich“ begründet. Der König, der die Verfassung verließen habe, könne sie natürlich auch wieder zurücknehmen. Es macht keinen Unterschied, ob man diese Machtbefugnis der „Zurücknahme von Verfassungs-Gesetzen“ einem einzelnen Fürsten oder, wie Jagemann jetzt versucht, einem Haufen von Monarchen einräumt. Die preussischen Junker von 1849/1850 waren allerdings noch konsequenter. Sie wiesen aus tiefsten Rechtsgründen nach, daß der absolute König überhaupt kein Recht habe, die ihm von Gottes Gnaben verliehenen Rechte ohne Gottes nachweltliche Erlaubnis irgendwie einzuschränken oder zu verhehlen. Thue das ein König, so habe er damit Gottes Gnade verwirkt und müsse die Krone einem Würdigeren überliefern.

Bedenkt so die Theorie Jagemanns als atavistische Rechtskitterung kaum Beachtung, so ist sie als politische Stimmungszichen nicht unbeachtlich. Man muß danach annehmen, daß man in den Bundesratskreisen sich eifrig mit dem Gedanken beschäftigt hat, durch einen Staatsstreich — wenn nicht die ganze Reichsverfassung — so doch wenigstens das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Das thun, heißt den Umsturz proklamieren, die gegenwärtige Rechtsordnung aufheben und alle gesetzlichen Verpflichtungen für jedermann beseitigen. Es wäre der Bürgerkrieg statt gesetzlicher Entwicklung. Es ist unnötig, für solche Machtpöben erst unsinnige Rechtsformeln anfertigen zu lassen. Da soll man ehrlich, wie die preussischen Junker im Herrenhaus, offen an die Gewalt appellieren und nicht erst die Logik des Rechts zu Schanden reden. —

Die heilige Allianz.

Der Pariser „Matin“ bringt einige nähere Angaben über die Internationale der Polizeireaktion. Die russische Regierung habe den europäischen Regierungen am 4. März ein Projekt zur Bildung einer internationalen Konvention gegen die Anarchisten überhandt. Der „Matin“ erklärt, daß das Projekt, welches an die Zeiten der heiligen

Alliance erinnere und jede Macht verpflichte, einen Anarchisten der Polizei seiner Heimat auszuliefern, bisher von Deutschland, Dänemark, der Türkei, Dänemark, Schweden, Rumänien, Bulgarien, Serbien und der Schweiz (?) unterzeichnet worden sei, ohne daß die Parlamente der betreffenden Länder Mitteilung davon erhalten hätten. Dagegen hätten Frankreich und England es bisher abgelehnt, die Konvention zu unterzeichnen, die gegen das bisher politische Flüchtlinge in diesen Ländern gewährte Asylrecht verstoße.

Die Einleitung der Konvention lautet also: „Durchdrungen von der Notwendigkeit, der Ausbreitung der anarchischen Bewegung energischen Widerstand entgegenzusetzen, haben die unterzeichneten Mächte beschlossen: Jeder aus einem Vertragsstaat ausgewiesene Anarchist wird auf kürzestem Wege seinem Herkunftslande zugeführt und der dortigen Polizei übergeben. Ist das Herkunftsland kein Grenz Nachbar des ausweisenden Staates, so wird über Ausweisung von der Polizei des Zwischenlandes weitergeleitet.“

Nach dem zweiten Vertragsartikel errichtet jeder Vertragsstaat ein Polizeiamt, das allen andern ähnlichen Ämtern Auskunft über die Bewegungen aller Ausländer erteilt.

Das Vereinbarungen solcher Art zwischen Deutschland und Rußland getroffen worden sind, ist bereits bei Gelegenheit der Russenbehalten im Reichstag von den Vertretern der Reichsregierung zugestanden worden. Es ist nicht zu erkennen, ob das Projekt vom 4. März nur dasjenige international durchführbar will, was die deutsche Bedienstetstätigkeit schon zuvor der russischen Staatsbewilligung hatte, oder ob dies Projekt noch über jene Vereinbarungen hinausgeht.

Es wäre ein überaus erfreuliches Zeichen erstarrender Selbstbestimmung, wenn Frankreich die Zustimmung zu solcher Konvention verweigert. Frankreich, der intime Verbündete Rußlands, weist die Schande der internationalen Polizei-Alliance zurück, während Deutschland in ihr versinkt! Unter dem Vorwand „Anarchisten“ treffen zu wollen, geben sich Deutschland und andre Staaten dazu her, zur Unterdrückung der freihellen Bewegungen sich gegenseitig Helferdienste zu leisten.

Zunächst ist jetzt zu fordern, daß die Konvention in ihrem ganzen Umfange der Öffentlichkeit mitgeteilt werde. Und vor allem aber ist die Frage auf das ernsthafteste aufzuwerfen: Wie dürfte die Reichsregierung einer solchen Konvention zustimmen, ohne den Reichstag zu befragen? —

Deutsches Reich.

Gegen den Mugdan-Freisinn.

In dem jüngsten Auftreten des Dr. Mugdan hat sich der „Freisinn“, den dieser Herr vertritt und der in der „Deutschen Freien Presse“ vertreten wird, in all seiner Widerwärtigkeit offenbart. Sein unerbittlichster Reaktionsmann könnte eine erste Sache durch niedrige Verdächtigung denen, die sie zu führen als Pflicht erachten, so herabwürdigend wie jener Freisinnssatz, der sich den Beruf erwählt hat, den Freisinn, so weit an ihm liegt, vollends tot zu kurieren.

Unser Parteigenosse, der im Reichstage die Kampfmethode des Dr. Mugdan kennzeichnete, sagte seine Meinung dahin zusammen, daß er ob solcher Wortführer das Bürgertum bedauere. Da ist es erfreulich, daß sich wenigstens an einer Stelle das freisinnige Bürgertum rührt, um sich von der Mugdanerei loszusagen.

In der „Dresdener Zeitung“, dem Blatt der freisinnigen Volkspartei, das oft gegen die Socialdemokratie heftig polemisiert, wird über eine vom Dresdener Fortschrittverein anberaumte „Versammlung der verbündeten freisinnigen Vereine“ berichtet, in der Rechtsanwalt Dr. Mamrot — das freisinnige Parteiblatt nennt ihn „einen unserer beliebtesten Redner“ — über die Reform der Strafrechtspflege sprach. Der Redner besprach nun auch die im Reichstage behandelten Fragen des Strafvollzuges und er führte aus:

Die Strafrechtspflege setze sich aus drei Faktoren zusammen, dem Strafgesetzbuch, der Strafprozessordnung und dem Strafvollzugsrecht. Bei dem Strafvollzugsrecht sei zuerst einzuführen, da wir für diese Frage noch gar kein Gesetz besitzen, sondern nur eine Reihe verschiedener Ministerialverfügungen. Die Klagen über das Strafvollzugsrecht würden von Tag zu Tag lauter. Der Redner erhärtete seine Behauptung durch eine Reihe von Beispielen; er erwähnte das bekannte Buch von Leup, welcher 3 1/2 Jahre im Zuchthaus hat zubringen müssen, das Gutachten des berühmten Strafrechtlehrers Liszt über diese Prozedur und eine Anzahl von Berichten aus dem „Vorwärts“. Die Interpellation der Socialdemokraten im Reichstage sei mit Rücksicht auf diese Fälle viel zu zahm gewesen. (Zustimmung.) Auch die Debatte über die Interpellation habe auf ihn einen wenig befriedigenden Eindruck gemacht. So habe z. B. der Redner der freisinnigen Volkspartei, Dr. Mugdan, die Frage von einem ganz falschen Standpunkte aus behandelt, wenn er vom Ärzte-Standpunkte ausgegangen sei. Er sei bei seiner mangelnden Sachkenntnis nicht geeignet gewesen, darüber zu sprechen. (Zustimmung.) Daß die Ärzte keine Schuld an den traurigen Verhältnissen treffe, das möge zutreffen; an den Behörden liege die Schuld, es müßten eben mehr Gefängnisärzte angestellt werden. Dann habe Dr. Mugdan über die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ gescholten. Ob es aber erlaubt sei, amtliche Aktenstücke zu einem guten Zwecke zu benutzen, darüber könne man verschiedener Meinung sein. Einer Meinung könne man aber nur darüber sein, daß derjenige, dem solch ein Material geliefert werde, ein verdienstvolles Werk begehre, wenn er durch die Veröffentlichung der Allgemeinheit einen großen Nutzen erwirke. Die Gesundheitsverhältnisse in den Gefängnissen seien furchtbar. Von 7000 in einem Jahre entlassenen Gefangenen sei nach einer Statistik die Hälfte schwindsüchtig gewesen. Nach einer andern Statistik seien im Jahre 1886 261 172 Freiheitsstrafen verhängt worden von einer Gesamtdauer von 66 084 Jahren. (Bewegung.) Die Bestrebungen nach einem Strafvollzugsrecht seien daher die berechtigtesten, hätten aber am wenigsten Aussicht auf Erfüllung; die Forderung nach einem solchen Gesetze aber werde nicht schweigen.

So denken über das socialdemokratische Vorgehen und über den Dr. Mugdan freisinnige, die ihren Namen nicht gänzlich zum Gespött bei allen anständigen Menschen herabwürdigend wünschen. Und die Gegner des Freisinn, freut es, daß wenigstens in dieser Partei noch ein Wort gegen diese Selbsthändlung laut wird.

Wir sind begierig, ob die „Deutsche Freie Presse“ den Versammlungsbericht ihres befreundeten Blattes citieren wird! Bis her unterschlägt sie den geduldben Berliner Freisinnsmann das Urteil ihrer Dresdener Parteigenossen. —

Die badiische Wahlrechtsreform.

Karlsruhe, 10. Mai. (Fig. Ver.)

Am Donnerstag begann im badiischen Landtag die Plenarberatung der Wahlrechtsvorlage. Es handelt sich dabei um den alten Kampf um das direkte Wahlrecht. Die Regierung will jetzt das Wahlmännerrecht fallen lassen, aber sie möchte mit diesem Fortschritt eine Reihe schwerer Verschlechterungen mit durchschmuggeln. Diese bewegen sich in zwei Richtungen: Verschlechterung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer und Erweiterung der Nachbestimmungen der Ersten Kammer. Die Wahlrechtsverschlechterungen werden von Nationalliberalen und Centrum in den Kauf genommen, aber das budgetäre Vorrecht der Zweiten Kammer soll festgehalten werden.

Die Regierung bestand bisher auf ihrem Willen. Zu diesem Konflikt kommt noch der Interessenstreit zwischen den genannten großen Parteien; in der Verteilung der Mandate zwischen Stadt und Land steht das Centrum eine Benachteiligung seines Anhanges.

Der Verlauf der Beratung zeigt folgendes Bild: Berichterstatter ist der nationalliberale Abg. Oßinger; er hat sich in seinem schriftlichen Bericht alle erdenkliche Mühe gegeben, die früheren Sünden der Nationalliberalen auf dem Gebiete der Wahlrechts-Reform zu verschleiern. Auch in seinen mündlichen Darlegungen giebt er sich als warmer Freund des direkten Wahlrechts. Der einzige Stein des Anstoßes bei der Reform sei die von der Regierung geplante Rechtsverschiebung zu Gunsten der Ersten Kammer. Selbstverständlich verschweigt er, daß in früherer Zeit gerade die Nationalliberalen den Ausbau der Ersten Kammer verlangt haben. Abg. Zehner (C.) erklärt sich einverstanden mit den Verschlechterungen des Wahlrechts zur Zweiten Kammer; es sei ein durchaus berechtigter Standpunkt, zu verlangen, daß derjenige, der wählen wolle, auch vorher längere Zeit im Lande gewohnt habe und seit längerer Zeit die Staatsangehörigkeit besitze. Ebenso berechtigt sei es, zu verlangen, daß derjenige, der ein politisches Recht beanspruche, seine Steuern bezahlt habe, also seine Staatsbürgerpflicht erfülle. Festig greift der Redner die beabsichtigte Verteilung der Mandate — 25 Städte, 48 Land — an; das platte Land werde dadurch entrecht. Das von den Socialdemokraten verlangte Proportionalwahlrecht für das ganze Land bekämpfte er mit äußerst sadenscheinigen Gründen, dafür tritt er für den Proporz in den großen Städten, wo heute Socialdemokraten und Nationalliberale dominieren, ein. Der Ersten Kammer will Redner eine Reihe Zugeständnisse machen, u. a. das Stellvertretungsrecht für die Standesherren und geistlichen Würdenträger, dagegen erklärt auch er, daß seine Partei nicht von dem Vorrecht der Zweiten Kammer in Budgetfragen abgehe. Abg. Wildens (natl.) bemerkt, daß die beabsichtigte Rechtsverschiebung zwischen Zweiter und Erster Kammer der Kardinalpunkt der ganzen Reform für seine Partei sei. Die Nationalliberalen geben das Vorrecht der Zweiten Kammer nicht preis, selbst wenn dadurch das direkte Wahlrecht nicht erlangt werde. (Es hat den Nationalliberalen noch nie viel am direkten Wahlrecht gelegen! Die Red.) Ueber die andern Fragen lasse sich eine Einigung erzielen. —

Abg. Venedey (Demokr.) ist gegen die Wahlrechtsverschlechterungen, hält aber für das aller schlimmste die Ausdehnung des Budgetrechts der Ersten Kammer. Er redet der Einigkeit das Wort; die Kammer müsse sich zu einem einmütigen Votum gegen die Erste Kammer zusammen finden. (Die Erste Kammer hat noch gar nichts mit der Sache zu thun, es handelt sich vorerst um die Regierungsvorlage.) Abg. Lehmann (Soz.) ist selbstverständlich auch der Meinung, daß Rechte der Zweiten Kammer nicht preisgegeben werden; im übrigen aber geht er scharf gegen die Parteien vor, welche die Rechte der Wähler so leichtfertig preisgeben wollen. Er begründet eingehend sechs, von der socialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anträge. Diese Anträge bezwecken, das Proportionalwahlrecht für das ganze Land einzuführen und, falls dies abgelehnt wird, durchgehends Einerwahlbezirke zu bilden, ferner die Verschlechterungen des Wahlrechts zur Zweiten Kammer zu beseitigen.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte Minister Schenkel, der zunächst scharf gegen die Socialdemokratie polemisierte, die Hauptsache sei, daß die Erste Kammer ein materielles Mitbestimmungsrecht in Budget- und Finanzfragen erhalte. Ueber alle andern Fragen sei eine Einigung sicher. Von den Kartellen, die das Wahlrecht zur Zweiten Kammer verschleiern, könne allerdings die Regierung nichts mehr ablassen. Im allgemeinen machte die Rede des Ministers den Eindruck, als ob der Regierung sehr viel daran liege, etwas Positives zu stande zu bringen. Die Debatte wird fortgesetzt.

Eine heute abend eingegangene Wolffsche Depesche meldet folgendes über den Ausfall der heutigen Abstimmung: Karlsruhe, 20. Mai. Die Zweite Kammer hat heute den Gesetzesentwurf, betr. die Revision der Verfassung, nach den Kommissionsbeschüssen mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Socialdemokraten in dritter Lesung angenommen.

Ein furchtbares Kasernenbild.

Wie wir schon kurz gemeldet haben, wurden mehr als fünf-hundert Soldatenmishandlungen dem Unteroffizier Eckert von der 11. Kompagnie des Infanterie-Regiments „v. Horn“ in Trier vor dem Kriegsgericht der 16. Division zur Last gelegt. Wir erfahren darüber jetzt näheres. Es waren mehr als 150 Zeugen, darunter 31 Angehörige des Verurteiltenstandes geladen. Die Mishandlungen und Menschenwürdeverletzungen spotten zum Teil jeder Beschreibung. Sie bestanden in Fußtritten, Schlägen mit dem Seitengewehr und andern gefährlichen Gegenständen und all den andern bekannnten Teufeleien und Qualereien. So ließ der Unteroffizier Restuten sich nach hinlegen, um mit seinen schweren Stiefeln über den Rücken der Leute zu gehen; mehrere erlitten dadurch erhebliche Verletzungen im Gesicht. Bei sie zum Reingehen der Exercierhalle etwas zu spät kamen, mußten sich einige Soldaten in den bereits zusammengelegten Dreck legen und so lange darin umherwälzen, bis er auf dem Boden wieder verteilt war. Ein Rekrut mußte sich bei anderer Gelegenheit hundert-mal hinter einander nach auf den Boden hinlegen und zum Schluß erhielt er auch noch Schläge. Ein Soldat mußte auf einem Schenkel Anbeuge machen, dann in der Anbeuge einen andern Schenkel strecken, und als er ermüdete, stieß ihn das Scheusal hinunter, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt. Der Soldat desertierte bald nachher und ist noch im Auslande.

Unter den Zeugen befanden sich zwei andre Deserteure, die wegen der Mishandlungen gestraft waren. Einem andern schlug Eckert wegen mangelhaften Schießens das Koppel und die Tasche mit Patronen ins Gesicht, daß Mund und Nase stark bluteten. Verschiedentlich machte er bei den Mishandlungen auch vom Seitengewehr Gebrauch.

Der Vertreter der Anklage nannte den Unteroffizier den Typus eines Soldatenhänders, der seine Untergebenen in der unmenschlichsten Weise mishandelte; er bestrafte zwei Jahre Gefängnis und Degradation. Das Urteil lautete auf ein Jahr und neun Monate und Degradation. Strafmildernd rechnete ihm das Gericht das Verhalten seines Feldwebels an, das auf den Unteroffizier von schädlichem Einfluß gewesen sei.

Am Donnerstag wurde gegen die Feldwebel Stalle und Unterberger, die Vorgesetzten Eckerts, gleichfalls wegen fortgesetzter Soldatenmishandlungen und wegen Unterdrückung von Beschwerden sowie Fälschung der Dienstbücher verhandelt. Auch sie hatten ihre Untergebenen jahrelang in der schlimmsten Art mishandelt. Wenn sich einer beschwerte, warf der Feldwebel Stalle die Anzeigen, statt sie an den Compagniechef weiterzugeben, in den Papierkorb. Auch jetzt wäre das Treiben der drei Scheusale ungehört und ungehört geblieben, wenn nicht der wegen Sittlichkeitsverbrechens und Verleitung zum Meineid zu Justhaus verurteilte Sergeant Wienefeld, ein Kollege der drei, die Anzeigen aus Mitleid erstatte hätte. Solcher Menschen sind die Söhne des Volkes ausgeliefert!

In dem Prozeß gegen den Unteroffizier Eckert wurden hundert- und achtzig, in dem Prozeß gegen die Feldwebel hundert- und sechsundachtzig Zeugen vernommen. Danach kann man sich einen Begriff von dem Umfang der Soldatenhändereien machen. Und dennoch konnten sie jahrelang getrieben werden, ohne daß sie von den Vorgesetzten wahrgenommen wurden und ohne daß die Soldaten gewagt hätten, sich dagegen ernstlich zu schützen.

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Feldwebel Stalle ein Jahr und vier Monate Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, gegen den Feldwebel Unterberger ein Jahr und eine Woche Gefängnis und Degradation. Das Kriegsgericht verurteilte Stalle zu zehn Monaten, Unterberger zu neun Monaten und einer Woche Gefängnis und beide zur Degradation. —

Auch ein Grund! Der Edle Herr v. Klipping hatte im Herrenhause eine standesgemäße Gräbellei zum Besten gegeben. Die Eisenbahnverwaltung sollte die Arbeiterfahrkarten einschränken, weil die Arbeiter doch nur aus Lächerlichkeit in die Stadt gingen.

Dazu hatte die „Kölnische Volkszeitung“ bemerkt, daß dann die „Socialpolitiker“ von der Art Klippings doch froh sein sollten, die liebedürftigen Arbeiter los zu werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ des Bundes der Landwirte meint, mit dieser Bemerkung sei dem „in wirtschaftlichen Fragen so verständigen Blatt“ ein „höfliches Andeutchen“ ins Nest gelegt worden. Aus eignen giebt sie dann einen neuen Grund für die Beseitigung der Arbeiterfahrkarten:

„Daß die Eisenbahn-Verwaltung bei den Arbeiterfahrkarten zusetzt, sollte der „Kölnischen Volkszeitung“ doch auch bekannt sein, die doch wohl kaum eine ausgleichende Berechtigung darin erblicken wird, daß der Mittelstand die Kosten für die Eisenbahnen allein aufbringen soll.“

Es ist sicher unwar, daß die Eisenbahn-Verwaltung an Arbeiterfahrkarten zusetzt; sie rentieren sich zweifellos. Dagegen steht es fest, daß die erste Wagenklasse und auch die zweite viel mehr die Eisenbahn-Verwaltung kostet als sie einbringt. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird also die Beseitigung der ersten und zweiten Wagenklasse fordern müssen, da der Mittelstand“ die Kosten für die Eisenbahnfahrten der Großgrundbesitzer und sonstiger Kapitalisten aufbringen muß. —

Ein Brotkrieg ist in Marburg, wie uns von dort geschrieben wird, zwischen dem Arbeiter-Konsumverein und den Bäckermeistern ausgebrochen, der für die gesamte Einwohnerschaft, mit Ausnahme der Bäcker natürlich, von Nutzen ist. Die Bäcker beabsichtigten, wie berichtet wird, eine Erhöhung der Brotpreise einzuführen. Seither kosteten bei ihnen 4 Pfund Weißbrot oder Schwarzbrot 48 Pf. Da kam der Konsumverein, der eine Bäckerei errichtet hatte, und machte bekannt, daß er Weißbrot für 42, Schwarzbrot für 40 Pf. auch an Nichtmitglieder liefern werde. Darob große Entrüstung bei den Bäckermeistern, die nun das Brot für 40 und 36 Pf. anboten, also den Konsumverein unterboten. Dieser wendet sich nun in einem Flugblatt an die Einwohnerschaft und weist darauf hin, daß die von den Bäckern offerierten Preise Kampfpreise seien, darauf berechnete, der Konsumverein zu unterdrücken, daß aber, wenn dies gelänge, die jetzt von den Bäckern nachgelassenen Preise schon wieder eingeholt würden. Der Verein setzt dann den Preis für Weißbrot abermals um 2 Pf. herunter.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Gewohnheitsbettel Herrmann Hofrichter von der Göttinger Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis und Leberwurst an die Landespolizei verurteilt. Der vierzig Mal vorbestrafte Mensch hat anscheinend für längere Zeit im Gefängnis Unterkunft finden wollen und dies ist ihm gelungen vermittelt des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. Der Paragraph hat also doch auch einen Wert; nur nicht für die zu schützende Majestät! —

Aus einem wilden Lande.

Man schreibt uns aus Stuttgart vom 19. Mai: Je reaktionärer Preußen und Sachsen werden, desto billiger ist natürlich für die süddeutschen Staaten der Kampf besonderer Freiheit zu erwerben. Württemberg z. B. gilt jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle geradezu als ein wildes Land. Freilich — der Schein trügt. Es ist ganz falsch, aus dem süddeutschen Juge von „Gemüthlichkeit“, wie er auch im politischen Leben zu Tage tritt, den Schluß zu ziehen, als sei Württemberg ein Dorado der Freiheit und des socialen Fortschritts. Die Landtagsession, welche gestern eröffnet wurde, wird in der Schlußfrage und in der Frage der Arbeitsbedingungen für die Staatsarbeiten wiederum die ganze Rückständigkeit der württembergischen Landesparlamente — sowohl der Kammer der Standesherren als der Kammer der Abgeordneten — zum Ausdruck bringen. Wenn die jedem wirklichen Fortschritt abholde Struktur der Zweiten Kammer nicht so offen zu Tage tritt, als die der „Ersten“, so liegt dies daran, daß die sechs socialdemokratischen Hechte die idyllische Ruhe in diesen Korpertheilen störend beeinflussen, und die „demokratischen“ Parteien (süddeutsche Volkspartei und Centrum) aus Rücksicht auf den Wählerfang wenigstens in nebenhächlichen Fragen Konzessionen an den Geist der Zeit zu machen gezwungen sind. Bezeichnend ist, daß von den großen gesetzgeberischen Reformwerken, welche seit Jahren als politische Notwendigkeit anerkannt sind: Steuerreform, Schulwesen, Verfassungsreform und Gemeindeformen, nur die Steuerreform im Vorjahre endlich durchgeführt wurde, aber dank dem feigherzigen Umsall der Süddeutschen Volkspartei eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung des früheren Zustandes bedeutet. Ähnlich bringt auch die Schulreform, die voraussichtlich in dieser Session beraten werden wird, statt einer Abschwächung eine Verstärkung der geistlichen Vormundschaft über die Volksschule. Uebrigens ist es noch sehr fraglich, als dieses „Reform“-Werk die Schritte der Ersten Kammer ungefährdet passieren wird. Denn selbst die wenigen Scheinkonzessionen, die es dem modernen Geiste macht, sind dieser unreaktionären Körperchaft, in welcher die katholischen Standesherren und die vier katholischen Prinzen aus dem Königshause den Ausschlag geben, ein Stein des Anstoßes. Ohne diese Scheinkonzessionen dürfen aber die „Demokraten“ der Abgeordnetenlammer nicht wagen, den Beschelsalg aus der Taufe zu heben. Ein Vorpiel bot gestern in der ersten Sitzung der Abgeordnetenlammer die Beratung der Eingabe der Allgemeinen deutschen Vereine für Schulgesundheitspflege betreffend die Anstellung von Schulärzten durch den Staat. Nach einem langen Geplätscher von Redensarten wurde der Kommissionsbeschluß, der die Frage der Regierung „zur Erwägung“ überweist, von der Mehrheit angenommen. Die Socialdemokraten versuchten vergeblich, an Stelle dieses „Vergabnis“ erster Klasse“ eine würdiger Behandlung der Frage herbeizuführen. Genosse Keil insbesondere wies auf die Ergebnisse schularztlicher Untersuchung in der Stuttgarter Altstadt hin, wo 20 Proz. der Kinder als unterernährt bezeichnet wurden, blieb aber mit seinem weitergehenden Antrag in der Minorität.

Ausland.

Italien.

Das Blutbad von Cerignola vor der Kammer.

Rom, 17. Mai. (Fig. Ver.) Die Interpellation Turatis in der heutigen Kammer Sitzung ist ruhiger verlaufen, als man annahm. Der Unterstaatssekretär Di Genti-Donafriso stellte die Sache — allen Thatfachen entgegen — so dar, als hätten die Soldaten einen Angriff der Landarbeiter abwehren müssen. Die Menge wäre bewaffnet gewesen mit Schuß- und Stichwaffen. Der Aufruhr in Cerignola danere noch heute fort und nehme die Formen der größten Gemüthlichkeit an.

Turati antwortete, er sei zu sehr konservativ, um sich mit dieser Antwort zufrieden zu geben. Wenn wirklich heute die Stadt in Aufruhr wäre, so könnte das das Vorgehen der Polizei auf keinen Fall rechtfertigen. Der Aufruhr wäre ja nach dem Blutbad, nicht vorher gekommen. Belagenswert sei die Unfähigkeit der Polizei, aus der Erfahrung zu lernen. Die Ereignisse von Cerignola seien fast eine photographische Wiedergabe des Blutbades von Verro, Candela, Giarratano uhm. Leute die so nervös und kopflos sind, daß sie um einen Steinwurf außer sich geraten und in blinder Wut nach Rache verlangen, taugen nicht zu Polizisten. Die Polizei muß eine Regel über alle andern stellen: auf das Volk darf nicht geschossen werden. Daß die Menge bewaffnet war, ist die übliche Erfindung. Wie kommt es denn, daß die berühmten Revolver der Menge nie jemand verfehen? Sind sie vielleicht aus Pappe und von der Polizei selbst geliefert? —

In Cerignola wird einstweilen der übliche Prozeß instruiert. Solche Prozesse sind schlimmer und grausamer als die Regeset, von der sie ausgehen. Seit dem Blutbad von Giarratano, also seit

nahezu zwei Jahren, befinden sich 98 Landarbeiter in Untersuchungs-haft. Diese Form von „stillen Mord“ wird sich wohl auch diesmal dem Mord mit Pulver und Blei anschließen. —

Niederlande.

Keine Kupper-Beleidigung. Im vorigen Frühjahr anlässlich der Beratung über die Zwangsgehalte zur Anhebung der Gewerkschaften veröffentlichte „Het Volk“ in seiner illustrierten Sonntagsbeilage ein Bild, das den Minister des Innern Dr. Kupper einen geknebelten Arbeiter erzwangend darstellte, und dessen Vertrieben und öffentliche Ausstellung mehrere Anklagen wegen Kupper-Beleidigung zur Folge hatte. Am 18. Mai d. J. hatte der Gerichtshof zu Amsterdam als Berufungsinstanz über drei Anklagen gegen drei Buch- und Zeitungshändler aus Amsterdam und Haarlem zu entscheiden. Das Gericht schloß sich vollkommen den freisprechenden Urteilen der untern Gerichte an und verfügte die Zurückgabe der beschlagnahmten Exemplare, und zwar mit der Begründung: man müsse annehmen, daß die Zeichnung einen sinnbildlichen Charakter trage; der Zweck des Bildes sei, die Regierung darzustellen, wie sie die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt; es könne hier also in keiner Hinsicht von Beleidigung Dr. Koppers als Person, noch in seiner Qualität als Minister die Rede sein.

Dies so deutlich motivierte Urteil ist von großer Wichtigkeit für die Freiheit in der Anwendung der Karrikatur und sinnbildlichen Zeichnung als politisches Kampfmittel. —

Schweden.

Die gescheiterte Wahlrechtsreform. Es ist keineswegs sehr zu bedauern, daß übereinstimmende Beschlüsse zur Wahlrechtsreform in den beiden Kammern des Reichstages nicht zu Stande gekommen sind und daß dadurch, wie bereits eine Depesche meldete, die Reform für dieses Jahr gescheitert ist. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, konnte ein Beschluß, der der Forderung des allgemeinen Wahlrechts wirklich entsprochen hätte, doch nicht zu Stande kommen. Seitens der Arbeiterpartei ist schon oft betont worden, daß eine Hinausschiebung der Frage einer halben oder Schemereform, die zu immer neuen Wahlrechtskämpfen führen müßte, vorzuziehen ist. Um eine solche unzulässige Reform handelte es sich auch bei dem Vorschlag Billing, der von der Ersten Kammer mit 93 gegen 50 Stimmen angenommen wurde und wonach das Wahlrecht von der Bezahlung der Staats- und Gemeindesteuern für die drei letzten Kalenderjahre vor der Wahl abhängig gemacht werden sollte. Der in der Zweiten Kammer mit 116 gegen 108 Stimmen abgelehnte Vorschlag von Darnelw entspricht in den Hauptpunkten dem Billing; wäre er angenommen, so hätte eine Einigung erzielt werden können. Die Verhandlungen, die zwei Tage in Anspruch nahmen, dauerten in der Zweiten Kammer bis Donnerstag nachts 2 Uhr. In dieser Kammer mußte über acht Vorschläge abgestimmt werden, darunter einer unfrei Parteigenossen Pranting, der mit 43 gegen 178 Stimmen abgelehnt wurde. Angenommen wurde mit 116 gegen 109 Stimmen ein Vorschlag Darnelws, der die Einmännig-Wahlkreise und Majoritätswahlen verlangt, dabei aber das Wahlrecht unter anderem von der Erfüllung auch der kommunalen Steuerpflicht abhängig machen will. Daß für diesen Vorschlag eine Mehrheit gewonnen wurde, ist offenbar dem Umstand zuzuschreiben, daß manche dafür stimmten, lediglich um doch in so später Stunde überhaupt noch einen Beschluß durchzubringen. Für das weitere Schicksal der Wahlrechtsfrage wird dieser Vorschlag wenig Wert haben. —

Australien.

Das Programm des Arbeiterministeriums. Zu dem gestern mitgeteilten Programm des australischen Bundes sind einige Richtungsstellungen nötig. Unter „Staat. 1. Wahlreform“ „Ein Mann eine Stimme“ bedeutet: Allgemeines Stimmrecht für alle Erwachsenen, und gleichzeitige ist unter 6. Lokalreform die Forderung zu verstehen, daß jeder Erwachsene in allen Angelegenheiten der Lokal- (Gemeinde- und Bezirks-) Verwaltung stimmberechtigt sein soll.

Unter 5. Landreform soll die dritte Forderung lauten: Herbeiführung angemessener (Pacht-) Verträge aus den öffentlichen Ländereien und Gleichstellung der Pächter für Schäfer und Jäger.

Unter 7. Öffentliche Arbeiten muß es heißen: Staatskontrolle über die natürlichen und künstlichen Wasserkräfte einschließlich der Verleisungsanlagen.

Nationalisierung des Marktwesens und der Lagerhäuser. Verstaatlichung der Eisenbahnen. Erbauung und Unterhaltung (Betrieb) aller Eisenbahnen durch den Staat.

Und unter den Bedingungen für Kandidaturen ist unter 3 nur freie Hand in Zollfragen gemeint, was auch aus den bestimmten Forderungen in Steuerfragen unter Staat 4 hervorgeht. —

Der Krieg in Ostasien.

Der Untergang der beiden japanischen Kriegsschiffe

mit mehr als 700 Mann bestätigt sich. Das eine Schiff „Hoschimo“ lief im Nebel auf ein anderes und sank im Hafen von Port Arthur, das andre, „Hatsuse“, geriet auf russische Minen und ging sofort unter.

Nach einer Mitteilung des japanischen Gesandten in Paris hat Admiral Togo gemeldet, daß in dem Augenblicke, wo das japanische Panzerschiff „Hatsuse“ sank, eine russische, aus 16 Torpedobooten bestehende Flotille sich näherte, von den japanischen Kreuzern aber zurückgewiesen wurde.

Die japanischen Kreuzer retteten 300 Mann des „Hatsuse“, unter ihnen Admiral Kashiba und Kapitän Nakao.

Eine spätere Meldung besagt: Beim Untergang des Panzerschiffes „Hatsuse“ kamen drei Fregattenkapitäne und 33 andre Offiziere und Unteroffiziere um, auf dem Kreuzer „Hoschimo“ der Kommandant, ein Fregattenkapitän und 30 Offiziere und Unteroffiziere. Die Zahl der umgekommenen Mannschaften ist unbekannt.

Das Gerücht, daß das Linienschiff „Schitshima“ beschädigt und das Linienschiff „Fuji“ gesunken sei, wird dementiert.

Das Gefecht bei Kintshou.

Japanisch-amtlich wird gemeldet, daß der Feind, welcher an dem Gefechte in der Nähe von Kintshou am 16. d. Mts. teilnahm aus den 5., 14. und 16. Scharfschützenregimentern bestand und 8 Schnellfeuergeschütze hatte. Der Feind ließ auf dem Gefechtsfeld 30 tote Offiziere und Gemeine. Nach Mitteilungen von Gefangenen soll der Gesamtverlust des Feindes 300 Mann betragen.

Die Schrecken der Krise in Rußland.

Am furchtbarsten macht sich der Krieg mit seinen Folgen — der Handels- und Industriekrise — der industriellen Arbeiterklasse Polens fühlbar. Bei der engen Verknüpfung der Produktion von Lohz, Warschau usw. mit dem Austausch in Rußland, haben die Kriegswirren im Osten und das Zusammenkrumpfen des inneren Marktes in Rußland das wirtschaftliche Leben Russisch-Polens fast ganz lahmgelegt.

Namentlich in Lohz hat die Krise bereits erschreckende Symptome gezeigt. Reihentausende sind einfach dem Hunger preisgegeben. Diebstähle haben sich in einem solchen Maße vermehrt, daß die Lokalblätter wegen Raummangels nicht mehr imstande sind, sie täglich zu registrieren. Die Prostitution hat nie dagewesene Dimensionen angenommen; Tausende von Arbeiterfrauen und Mädchen treiben sich einfach vor Hunger in den Straßen herum. Der Selbstmord ist auch keine Seltenheit mehr geworden. So hat das hiesige Amtsblatt erst neulich die Nachricht gebracht, daß eine Arbeiterin, Olga Schröder, Mutter von vier Kindern, durch Arbeitslosigkeit zum äußersten Elend gebracht, sich selbst und ihre sämtlichen Kinder umbringen wollte. Sie hatte bereits die zwei jüngsten an einem Wandbalken erhängt, als die älteren Kinder durch ihr Geschrei die Nachbarn herbeilockten. Die Mutter ist verhaftet worden. In einem andern Fall ist ein 19-jähriges Mädchen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil es sich vor Hunger und Verzweiflung in ein Vordell aufschneiden ließ, dabei aber falsche Legitimationspapiere vorgezeigt hat.

Das Verhalten der Regierung angesichts dieser Zustände ist mustergeräthig — im Sinne der zarischen Politik: die in Lohz stationierende Garnison ist um ein Regiment vergrößert worden, außerdem sind einige Abteilungen Kosaken nach der Stadt gebracht worden. Der Willkür und der Brutalität der Polizei sind alle Flügel genommen: anständige Arbeiterfrauen, die nach Arbeit und Lebensmitteln suchend in der Stadt herumstreifen, werden häufig mitten im lichten Tag von Schulheuten auf die Polizei geschleppt, zwangsweise einer sanitären Revision unterzogen und als Prostituierte registriert! Man kann sich leicht vorstellen, welche Erbitterung angesichts alles dessen unter der Arbeiterschaft herrscht. Die Bourgeoisie aber veranlaßt zur Linderung des Massenelends unentgeltliche Verteilung von Broteinheiten u. dergl. So hat z. B. der Fabrikant M. Cohn, ein Millionär, für die Arbeitslosen täglich — 50 Portionen Erbsensuppe gestiftet!

Der Bäderstreik.

Gefäßigte Zurückziehungs-Erklärung.

Daß Bädermeister durch Drohung und andre terroristische Mittel zum Rücktritt von der Bewilligung seitens Beauftragter der Innung gezwungen worden sind, dafür haben wir bereits mehrere Beispiele angeführt. Jetzt wird bekannt, daß nicht nur mit Zwangsmitteln, sondern sogar mit Fälschungen — deren Urheber allerdings noch nicht festgestellt sind — zu Gunsten der sogenannten Abwehrbestrebungen der Innungen gearbeitet wird. Gestern erhielt die Streikleitung folgende Zuschrift:

„Hiermit gebe ich die Erklärung ab, daß ich die Bewilligung nicht zurückgezogen habe, sondern daß irgend ein gemeiner Bube ohne mein Wissen den Brief mit der Zurückziehung abgehandelt hat. Mich. Gorgas, Bädermeister, Pintschstr. 4.“

Wer mag wohl diesen gemeinen Bubenstreich verübt haben, der sich als eine Unredensfälschung kennzeichnet und geeignet ist, den von der Fälschung betroffenen Bädermeister schwer zu schädigen? Hoffentlich gelingt es, den Fälscher zu ermitteln und ihn zur Verantwortung zu ziehen.

Die Fälle mehren sich, wo Bädermeister erklären, daß die Mitteilung, sie hätten die Bewilligung zurückgezogen, ohne ihr Wissen erfolgt ist. Auch im Laufe des gestrigen Tages sind mehrere dergleichen Erklärungen bei der Streikleitung eingelaufen. Man kann deshalb annehmen, daß von den Rücktrittserklärungen nur ein kleiner Teil ernst gemeint ist, und daß selbst diese nur unter Anwendung betworflicher Mittel erfolgt sind.

Wichtigste Scharfmacherbestrebungen.

Der Obermeister Schmidt von der Berliner „Concordia“-Innung verurteilt die Bädermeister in Reinickendorf zum Zurückziehen der Bewilligung zu bewegen. In einer Reinickendorfer Bädermeisterversammlung beantragte Herr Schmidt, die Entfernung des Plakats durch Festsetzung einer Konventionalstrafe von 1000 M. zu erzwingen. Der Berliner Scharfmacher fand jedoch kein Gehör. Man erwiderte ihm, daß es in Reinickendorf wohl keinen Bädermeister gebe, der einen Kaufmannscharfmacher aus eigener Anschauung kenne, geschweige denn einen solchen bestige. Schließlich nahm man den Antrag des Herrn Schmidt an, jedoch mit dem Zusatz: „Sobald das letzte Plakat aus den Berliner Schaufenstern entfernt ist.“ Mit diesem Denzettel mußte der Berliner Obermeister heimziehen.

Der „Abwehrkampf“ durch Flugblätter

wird seitens der Innungs-Scharfmacher fortgesetzt. Gestern ließ der Vorkontrollausschuß der Bädermeister wieder ein Flugblatt auf den Straßen verbreiten. Auch dieses Machwerk leistet, ebenso wie das schon früher verbreitete, das denkbar größte Maß von Verdrehungen und Entstellungen über den Streik und die Forderungen der Bädereigenen. An die Bürgerchaft Berlins und der Vororte wendet sich das neueste Flugblatt. Wie niedrig muß doch der Vorkontrollausschuß die Urteilsfähigkeit der Bürgerchaft einschätzen, wenn er schlanke behauptet, die Gesellen haben sich mit den Forderungen der Streikführer, die stets und ständig unter sozialdemokratischem Einfluß handeln, nicht einverstanden erklärt, weil sie ganz genau wissen, daß sich dergleichen im Bädergewerbe unmöglich allgemein und überall durchführen läßt.

Wenn der Flugblattschreiber das glauben sollte, was er der Bürgerchaft vorzureden sucht, dann möge er doch erklären, wie es kam, daß sich am 10. Mai gegen 3000 Bädereigenen in geheimer Abstimmung für den Streik erklärten und auch in denselben eintraten. Wenn es wahr wäre, was der Flugblattschreiber behauptet, daß die Gesellen die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister gar nicht wünschen, warum nahmen die Bädereigenen denn gerade wegen dieser hauptsächlichsten Forderung den ihnen angebotenen Kampf auf? Soll denn die Bürgerchaft Berlins wirklich glauben, daß die paar Leute, welche den Verbandsvorstand bilden, in der Lage sind, gegen 3000 Arbeiter gegen ihren Willen in den Streik zu hegen? Solchen haarsträubenden Unsinne sollte man doch nicht öffentlich verbreiten.

Ein allgemeiner Tarifvertrag läßt sich nicht durchführen, da die Verschiedenartigkeit der Bädewaren und andres dem durchaus widerspricht. So sieht es im Flugblatt. Weshalb die Verschiedenartigkeit der Bädewaren den Abschluß eines Tarifvertrages hindern soll, das verrät der Flugblattschreiber nicht. Sollte es ihm unbekannt sein, daß Tarifverträge und geregelte Arbeitsverhältnisse seit Jahren in verschiedenen Gewerben bestehen, wo die Mannigfaltigkeit der Arbeiten eine weit größere ist wie die Verschiedenartigkeit der Bädewaren? Gegen diese Behauptung des Flugblatts können wir einen klassischen Zeugen anführen, nämlich den Obermeister einer Bäder-Innung, für deren Ort ein Tarifvertrag im Bädergewerbe besteht. Dieser Obermeister war dieser Tage auf dem Berliner Streikbureau und da sagte er zum Verbandsvorsitzenden Almann: Er, der Obermeister, begreife nicht, weshalb sich seine Berliner Kollegen so hartnäckig gegen den Tarifvertrag sträuben, mit dem seine Innung doch die besten Erfahrungen gemacht habe.

Wenn Arbeitgeber gegen Arbeiterforderungen kämpfen, dann pflegt es ohne Verleumdungen der Arbeiter nicht abzugehen. So behauptet auch das neueste Flugblatt der Bädermeister: „Durch Drohungen und Belästigungen aller Art sucht man dem Böhkott Rohbrud zu verschaffen. Es fanden sogar Zusammenrottungen statt, so daß sich die Polizei genötigt sah, einzuschreiten und Verhaftungen vorzunehmen.“

Das ist eine Lüge. Nicht die geringsten Ausschreitungen anlässlich des Bäderstreiks sind bis jetzt bekannt geworden. Die Polizei, die es an Wachsamkeit und Schnelligkeit gegenüber streifenden Arbeitern bekanntheit nicht fehlen läßt, hat während des Bäderstreiks keine Ursache zum Einschreiten gefunden.

Mit der Verbreitung solcher Unwahrheiten glauben die Bädermeister ihre längst verlorene Position zurückerobern zu können. Ein nutzloser Versuch.

Ueber die Situation des Streiks

wurde in einer gestern abgehaltenen Versammlung der Ausständigen mitgeteilt, daß das Ziel des Kampfes im allgemeinen erreicht ist. Die überwindende Mehrheit der Berliner Bädereigenen arbeitet unter den neuen Bedingungen. Die Innehaltung der Bewilligungen wird fortgesetzt kontrolliert und jede Zurückziehung derselben mit der Zurückziehung des Plakats beantwortet. Zur Zeit sind noch 834 Streikende eingezzeichnet, davon sind 81, welche 157 Kinder haben, verheiratet. Die Zahl der jetzt noch Streikenden ist geringer wie die Zahl derjenigen, die sonst als Arbeitslose im Berliner Bädergewerbe stets vorhanden sind.

Streikgeld statt Konventionalstrafe.

Ein Charlottenburger Bädermeister, der den Beschluß seiner Innung, das Plakat zu entfernen, nicht zu halten gedankt, fühlte sich verpflichtet, nun auch die für diesen Fall festgesetzte Strafe zu erlegen. Er wandte das Geld jedoch nicht der Innungskasse zu, sondern zahlte — nicht etwa aus Irrtum, sondern mit Absicht — die 300 M. in die Streikkasse der Gesellen. — Es giebt doch einsichtige Bädermeister, wenn auch nicht viele.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Die Leipziger Kerzte arbeiten eifrig an der „Abschiebung“ der Distriktsärzte und der Beseitigung der Beratungsanstalten. Der Standesausschuß des Leipziger ärztlichen Bezirksvereins hat die Verträge der Distriktsärzte und die der Kerzte für die Beratungsanstalten für „standesunwürdig“ erklärt und gleichzeitig erklärt, daß das System der Distriktsärzte und der Beratungsanstalten vom ärztlichen Standpunkt aus unbedingt zu verwerfen sei. Natürlich liegt das Verwerfliche des Systems nur darin, daß es von den Orts-Krankenkassen angewandt wird. Sonst ist weder die Poliklinik noch das System der beamteten Kerzte verwerflich.

Eine Generalversammlung des Centralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungentranke findet gegenwärtig im Reichstage statt. Der Präsident des Komitees, Staatssekretär Graf Posadowski, hielt eine Begrüßungsansprache, in der er über die Erfolge des Vereins folgendes berichtete:

Seit Begründung unfres über ganz Deutschland verzweigten Vereins hat die Bekämpfung der Lungenschwindsucht wesentliche Fortschritte gemacht. An in Betrieb befindlichen Volksheilstätten besitzt das Deutsche Reich mit Beginn des Jahres 1904 insgesamt 60. Die Anzahl der in diesen Anstalten zur Verfügung stehenden Betten beläuft sich auf zusammen 5800. Außerdem sind in Deutschland noch 25 Privat-Heilanstalten für Lungentranke vorhanden, von denen die Mehrzahl gleichfalls auch Kinderbegüterten und Kranken der Versicherungsanstalten zu mäßigen Preisen Aufnahme gewährt. Im Bau begriffen sind zur Zeit 9 Heilanstalten, projektiert außerdem noch 18 Anstalten.

Die für die Errichtung der vorgenannten, bis zum Beginn des Jahres 1904 eröffneten Volks-Heilstätten verausgabten Geldsummen betragen insgesamt mehr als 30 Millionen Mark.

Die Zahl aller im Betriebe befindlichen Anstalten überhaupt, einschließlich 51 Kinder-Heilstätten für Vortuberkulose hat sich auf 235 erhöht.

Seit Begründung unfres Vereins im Herbst 1895 haben wir Zuschüsse an 85 Anstalten mit über 1 1/2 Millionen geleistet und damit die Errichtung zahlreicher Volks-Heilstätten finanziell erst ermöglicht. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß der nach wissenschaftlichen Grundsätzen geführte Kampf gegen die Tuberkulose sichtbare Erfolge aufzuweisen hat. Für die Jahre 1892—1900 waren zehn deutsche Staaten an der Statistik über die Tuberkulose beteiligt. Nach dieser Statistik starben in jenen zehn Bundesstaaten in den vier Jahren 1897—1900 trotz der Zunahme der Bevölkerung im Durchschnitt jährlich 7506 Personen weniger an Tuberkulose als durchschnittlich in jedem Jahre des Zeitraumes von 1892—1895. Für die Jahre 1901 und 1902 steht uns eine gleiche Statistik aus 20 Bundesstaaten zur Verfügung. Danach betrug der Rückgang der tuberkulösen Sterblichkeit von 1900—1901 4,40 Proz., von 1901 bis 1902 1,04 Proz.

Dann hob er die allgemeine Bedeutung der Bekämpfung der Lungenschwindsucht und anderer Volksseuchen für die Hebung der Volksgesundheit und sagte zum Schluß:

„Die Zukunft wird schließlich dem Volke gehören, welches körperlich am widerstandsfähigsten und damit am wehrfähigsten erhält. Wer deshalb dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und für die Zukunft unfres Vaterlandes.“

Ein schönes Wort! Wollte man sich nur endlich auch dazu bequemen, auch in dem Kampfe der Arbeiter für ihre eigne Erhebung aus Not und Elend zu freiem Menschentum einen Kampf für die Zukunft und Stärke des Vaterlandes zu sehen.

In den Verhandlungen machte Professor Jacob auf die Bedeutung der Fürsorgestellen für Lungentranke aufmerksam. Die Fürsorgestellen sollen alle Kategorien von Tuberkulösen und ihren Angehörigen dienen und ihnen die verschiedenartigsten Heil- und Unterstüzungsmittel zugänglich machen. Zur Ausführung der Besuche in den Wohnungen der Patienten sollen besonders geschulte Schwestern verwendet werden. Die Fürsorgestelle hat für passende Verpflegung, Vermittelung von Unterstützungen, Beschaffung zweckmäßiger Wohnungen, Unterbringung in die geeigneten Anstalten oder in geeignete Berufe und andres mehr Sorge zu tragen.

Die Geheimrat Pütter, Direktor des Charité-Krankenhauses, mittelte, soll auf Anregung des Ministerialdirektors Althoff ein Komitee gegründet werden, welches die Sammlung von Geldern und die Errichtung von Fürsorgestellen in den verschiedenen Stadtteilen Berlins in die Wege leiten soll. Die Versicherungsanstalt Berlin hat bereits 10 000 M. zur Verfügung gestellt; auch die Versicherungsanstalt Brandenburg und die Stadt Berlin sollen angegangen und ein Aufruf an das Publikum gerichtet werden. Das Komitee soll mit der Kerzenschaft Hand in Hand arbeiten. Professor Baginsky empfahl die Heranziehung der Seehelstätten für die Behandlung kranker Kinder.

Aus Industrie und Handel.

Die Unterschlagungs-Affaire der Bobburger Volkswirtschaft-Gesellschaft nimmt einen recht kuriosen Verlauf. Wie wir seiner Zeit berichteten, wurde am 9. April in der Generalversammlung eine Vertrauens- und Revisionskommission gewählt, welche die Vermögenslage des Unternehmens prüfen, die Unterschlagungen des früheren Direktors Silberberg möglichst genau feststellen und zugleich ermitteln sollte, inwieweit aus dessen Nachlaß auf eine Deckung der Unterschlagungen zu rechnen sei.

In ihrem vor einigen Tagen erstatteten Bericht führt nun die Kommission aus, daß die Nachprüfung des Vermögensausweises, insbesondere der Maschinen-Aushände und Bestandsrechnungen zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben habe, und sei sie auch der Ansicht, daß die von dem Aufsichtsrat seiner Zeit beschwiegene Forderung von 50 000 M. an den Nachlaß Silberbergs voll bestehen bleiben könne. Ueber die Fälschungen Silberbergs hat die Kommission nichts entdeckt. Sie berechnet den Schaden, den die Gesellschaft durch die Fälschungen infolge zuviel gezahlter Dividenden und Gewinnanteile erlitten hat, auf 255 280 M. Die Schadenanprüche gegen den Nachlaß Silberbergs berechnen sich insgesamt auf 270 280 M., wozu noch die Forderung von 50 000 M. hinzukommt. Ueber die 270 280 M. „hofft“ die Kommission eine gütliche Verständigung mit der Masse Silberberg zu erzielen. Bei Prüfung des Wertes der Silberbergschen Masse ist die Kommission zu der Ansicht gelangt, daß die Masse bei ruhiger, unter Vermeidung des Konkurses durchgeführter Abwicklung ausreichen dürfte, alle bis jetzt bekannten Massenschulden einschließlich der Ansprüche der Gesellschaft voll oder doch zu einem großen Prozentsatz zu decken. Die Kommission empfiehlt, dem Liquidator der Masse einen Gläubigerauschuß zur Seite zu stellen, in dem auch die Gesellschaft vertreten sei. Bei Prüfung der etwa gegen die Vorstandsmitglieder gegebenen Regrehanprüche ist die Kommission zu der Ansicht gekommen, daß das Vorstandsmitglied Widen nicht in Betracht komme. Nicht ungewissheit sei dagegen die Verantwortlichkeit Deterings und Heisterkamps. Aber auch ihnen gegenüber empfiehlt die friedfertige Kommission, angesichts des zweifelhaften Ausgangs eines Rechtsstreites, von jedem Schritte abzusehen. Dasselbe gilt von dem Aufsichtsrat, der nach Ansicht der Kommission die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat und nun verpflichtet sei, die Gewinnanteile, die er infolge der Fälschungen bezogen hat, zurückzugeben.

Ueber diesen Bericht hatten vorgestern in einer neuen außerordentlichen Generalversammlung die Aktionäre zu befinden. Sie erwiesen sich als ebenso verständlich, wie die Revisionskommission. Nachdem die drei Direktoren, die bis Ende 1900 engagiert sind, von ihren Bezügen auf einen Betrag von insgesamt 40 000 Mark Bericht geleistet und der Aufsichtsrat sich erboten hatte, 9000 Mark Kontante zurückzuerstatten, gaben sich nach einigen kleinen Angriffen gegen die Verwaltung die Aktionäre zufrieden. Es wurde schließlich dem Aufsichtsrat mit 1221 gegen 381, dem Vorstande mit 1238 gegen 524 Stimmen die Entlastung erteilt, nachdem die Verwaltung der Nachlaßmasse Silberbergs er-

Partei-Nachrichten.

Der Zukunftsstaat der Junker. Mantuffeleien gegen die Socialdemokratie im preussischen Herrenhaus am 11. und 13. Mai 1904. Mit Einleitung und Anmerkungen von Kurt Eisner.

Unter diesem Titel erscheint als Heft II der socialdemokratischen Agitations-Bibliothek (Zeitbilder aus dem Klassenstaat) unmittelbar nach den Feiertagen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts die Agitationsausgabe der Herrenhäuser-Reden gegen das Reichstags-Wahlrecht, für Staatsrecht und Ausnahmegerichte.

Die Einleitung schildert die politischen Zustände, aus denen dieser Junkeraufstand des Feudalismus erwachsen konnte. In einem Anhang sind ein halb hundert Bemerkungen hinzugefügt, nicht etwa um die Herrenhäuser mit den ihnen so verhassten und verachteten „geistigen Waffen“ zu widerlegen, sondern um an einigen Stichworten nachzuweisen, welche Summe von Wahrheit, Tiefinn, logischer Begabung, Gewissenhaftigkeit und Wissen in diesen Plaudereien der vornehmsten Gelehrten der Welt, in denen gewissermaßen auch alle geistigen und moralischen Vorzüge ihrer sämtlichen Ahnen lebendig mitwirken — fehlt!

Die drei Vogen starke Groschüre, in der auch die Porträts der beiden Haupthelden, Mantuffel und Mirbach, mitten in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit von Künstlerhand gezeichnet sind, kostet 20 Pfennig. Eine für die Agitation bestimmte Ausgabe ist zu billigem Preise hergestellt.

Zur Angelegenheit der Schiedssprüche gegen die Genossen Bernhard, Göhre und Heine nehmen nur noch einige Parteiblätter Stellung im Sinne der „Leipziger Volkszeitung“. Es sind dies die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund, die „Volkszeitung“ in Düsseldorf, die „Altenburger Volkszeitung“, und ähnlich die „Königsberger Volkszeitung“. Einige andre Blätter, wie das „Volksblatt für Halle“, „Mannheimer Volksstimme“ und „Volksfreund“ in Karlsruhe hatten dagegen unter anerkannter Würdigung des Schiedsspruches nochmals ihrem Unmut darüber Ausdruck gegeben, daß dieser Streit die Partei überhaupt beschäftigen mußte. Dagegen wandte sich die „Schwäbische Tagwacht“, indem sie die Ansicht ausdrückte, daß die von diesen Blättern gegebene Auslegung des Spruches nicht geeignet sei, Ruhe herbeizuführen. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“, die „Mannheimer Post“, die „Preussische Volkszeitung“, das „Volksblatt für Anhalt“ und die „Brandenburger Zeitung“ wenden sich gegen die „Leipziger Volkszeitung“ und den Beschluß des Leipziger Agitationskomitees.

Von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen, zeigt sich also in der Parteipresse übereinstimmend der herzlichste Wunsch, mit diesen persönlichen Angelegenheiten die Partei nicht weiter zu beschäftigen.

Genosse Heine sendet uns noch eine Zuschrift, worin er sagt, daß er in dem Verfahren gegen ihn alles getan habe, um über alle Punkte den weitestgehenden Anschluß zu geben, weil er nicht das Mindeste von seiner Handlungsweise der Beurteilung entziehen wollte. Er werde nun, wenn nicht dringende Umstände ihn dazu veranlassen, im Interesse der Partei sich in weitere Erörterungen nicht mehr einlassen.

Genosse Freiwaldt sendet uns eine Erklärung, der wir das folgende entnehmen:

Vediglich die Haltung eines Teils der Parteipresse bezüglich der Veröffentlichung des Schiedsspruches in Sachen Bernhard, Göhre, Heine veranlaßt mich, von meiner bestimmten Ansicht, vor Abschluß des Gesamt-Schiedsgerichts mich nicht zu äußern, Abstand zu nehmen. In nahezu zwanzigjähriger Parteithätigkeit wurde ich gewohnt, alle meine Handlungen selbständig zu beurteilen und zu vertreten. Mich berühren also lebenswichtige Titel wie „Strohmann“ usw. durchaus nicht. Ich hatte als Parteigenosse das Recht und im vorliegenden Falle sogar die Pflicht, den § 2 des Organisations-Statuts unter Anrufung des Parteivorstandes in Anwendung zu bringen, um ein Schiedsgericht zu beantragen. Die Pflicht legte mir die nach dem Parteitage stattfindende Parteiversammlung für Paulow-Nieder-Schönhausen auf, die dort angenommene Resolution führte bekanntlich nicht dazu, daß Genosse Göhre sein Reichstagsmandat niederlegte. Alles andre nach Schluß des Schiedsgerichts.

Ueber Parteifragen, insbesondere über Organisationsfragen, sprach am vergangenen Samstag Genosse Pfannkuch in Hannover. Nach dem Bericht des „Volkswillen“ sagte er unter anderm:

„Mit unsren Gegnern sind wir bisher immer fertig geworden und werden auch in Zukunft damit fertig werden. Aber in letzter Zeit haben sich in der Partei selbst Erscheinungen gezeigt, die ihr nicht zum Vorteil gereichen können. Meinungsverschiedenheiten werden immer vorhanden sein, aber wenn wir einer Zeit von Feinden gegenüberstehen, muß auch verlangt werden, daß die Austragung derselben in einer Form geschieht, die das gemeinsame Ziel in den Vordergrund treten läßt und nicht zu einer persönlichen Verfeindlich der Genossen führt. Nicht die eigentlichen Proletarierkreise in der Partei sind es gewesen, die die Frage der Taktik aufgeworfen haben, sondern die Kreise der Partei, welche aus bürgerlichem Lager herüber gekommen sind und eine andre Auffassung vom Kampfe haben, als die Arbeiter, welche stetig um ihre Existenz zu kämpfen haben. Jene würden gut thun, erst das proletarische Bewußtsein der im letzten Tageskampfe stehenden Arbeiter zu studieren und erst, wenn sie dieses verstanden haben, können sie Führer der Arbeiter werden. Mit dem Verständnis der Theorie allein wird die Befähigung zur Führung der Massen nicht erworben. Hier müssen sich Organisation und Agitation gegenseitig ergänzen und muß durch Aufklärung beides gefördert werden.“

Der vorjährige Wahlkampf hat so große Mittel erfordert, wie nie ein solcher zuvor. Trotzdem aber hatte die Partei am Jahresabschluss mehr Gelder zur Verfügung, als der ganze Wahlkampf gekostet hätte. Im letzten Monat nahmen wir mehr ein als beim Fall des Sozialistengesetzes, und die Einnahmen der Gewerkschaften haben eine Höhe erreicht, wie man sie sich vor zehn Jahren noch nicht hat träumen lassen. Nur meinen Parteigenossen, es gelte nach dieser Seite in der Partei noch nicht genügend, und wenn man der Sache aus dem Grund geht, ist es auch so. Unsere Finanzkraft beruht größtenteils auf unrennen von den Gegnern vielbeweideten äußerst lukrativen Parteigeschäften. Soweit die reinen Beiträge in Frage kommen, sind die Einnahmen nicht den gewaltigen Fortschritten der Partei entsprechend gestiegen! Um dem abzuhelfen, sind schon die verschiedenartigsten Vorschläge gemacht. Es liegt sehr nahe, die Partei zu organisieren wie die Gewerkschaften. Ich bin Anhänger der Centralisation, aber aus verschiedenen Gründen halte ich den Weg für ausgeschlossen. Die Schwierigkeiten der Vereinigung würden wir überwinden, auch die Einziehung der Mitgliedsbeiträge würde kein Hindernis bilden, besonders in den Großstädten, aber die Centralisation in Berlin würde physische Unmöglichkeiten leisten müssen. Deshalb müssen wir mit den bestehenden Zuständen fähig nehmen, aber es muß mehr als bisher der Einheitsgedanke in der Organisation in den Vordergrund treten.

Neben den Landesorganisationen in Bayern, Württemberg und Sachsen haben wir etwa 50 Provinzial-Agitationskomitees, die mit dem Parteivorstande Verbindung haben. Früher bestand die Centralisation durch Vertrauensmänner, und wo heute noch keine Vereinigungsgründung möglich ist, sind solche auch jetzt noch vorhanden. Mit dieser Organisation wird noch längere Zeit auszukommen sein, jedoch müssen die Leiter der Wahlvereine mit den Provinzialkomitees

mehr in Fühlung bleiben. Das läßt verschiedentlich noch viel zu wünschen übrig. Nun hat sich noch die Unsitte herausgebildet, in einem Streitfall mit andern gut fundierten Kreisen einzutreten, um zu zeigen, daß der eine Kreis mehr in der Agitation leisten kann, als der andre. Das ist ja nicht zu verachten, aber es wird dadurch die Fürsorge für die leistungsfähigsten Kreise hintangestellt, wodurch die Centralisation leidet. Die Centralisation muß überall das Leitmotiv sein. Daher hat auch die Presse die Pflicht, deutsche, nicht etwa eine brandenburgische, hannoversche oder bayrische Socialdemokratie zu pflegen. Ebenso wenig wie wir eine polnische Socialdemokratie kennen, dürfen wir einer besonderen Abtrennung der einzelnen Provinzen oder Länder von der deutschen Partei zustimmen. Die Presse hat auch, statt der Autonomie der Wahlkreise das Wort zu reden, die Pflicht, mehr den Centralisationsgedanken zu pflegen.

Wir haben zwei Mandate verloren, und es gehört keine große Prophezeiung dazu, um zu behaupten, daß wir auch noch das dritte Mandat verlieren werden. Nun, das wird dem Wachstum der Partei keinen Schaden bringen, denn die Socialdemokraten in den verlorenen Wahlkreisen gehen uns nicht verloren. Bei dem Wahlschicksal darf eben nicht, wie es teilweise geschieht, Sympathie oder Antipathie, Freude oder Traurigkeit maßgebend oder entscheidend sein. Festen Besitzstand haben wir im übrigen nicht verloren, denn zum festen Besitzstand der Partei kann man nur die Kreise rechnen, in denen wir die absolute Majorität aller eingeschriebenen Wähler haben. Das ist in den drei Kreisen nicht der Fall. Aber das noch zu erreichen, darauf muß die Organisation zugeschnitten werden. Es ist sehr gewagt, zu behaupten und darauf hinzuweisen, daß die Autonomie der Wahlkreise eine absolute sei. Die Genossen in den einzelnen Wahlkreisen werden nicht sagen können, daß sie reglementiert worden sind, jedoch, wenn einmal eingegriffen werden mußte, da waren sehr zwingende Gründe maßgebend. Wenn der Parteitag eine Institution wie den Parteivorstand einsetzt, so ist es selbstverständlich, daß diese Institution entsprechend den Beschlüssen des Parteitages handeln muß, dem letzteren ist sie ja auch Rechenschaft schuldig. Wenn auch bei uns die Autonomie der Wahlkreise Prinzip werden sollte, dann könnten wir auch Dinge erleben wie in Frankreich und Italien. Bei uns ist nicht der Abgeordnete der Erwählte des betreffenden Wahlkreises, sondern der der Gesamtheit. Gewiß, die Genossen des Kreises, in welchem er gewählt ist, werden ihn zuerst zur Rechenschaft ziehen, aber die Gesamtheit, der Parteitag in letzter Instanz ist entscheidend.“

Volkshaus Leipzig. Unter diesem Namen hat sich in Leipzig eine Gesellschaft (n. b. G.) von Parteigenossen gebildet zu dem Zwecke ein Volkshaus zu errichten und zu betreiben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Aus einer kleinen Garnison. Wegen Verbreitung des unter diesem Titel in einem Wiener Verlage erschienenen Neudrucks des Hülsefchen Romans wurde der Verleger der „Brandenburger Zeitung“, Genosse Sidow in Brandenburg, vom dortigen Schöffengericht zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht nahm an, daß Verbreitung des vom Kriegsgericht in Reg. beschlagnahmten Buches vorliege, obwohl dieses Gericht in einer amtlichen Auskunft selbst erklärt hat, daß sein Beschluß ausdrücklich auf die im Verlage von Sattler in Braunschweig erschienene Ausgabe beschränkt ist. Verschiedene Gerichte haben deshalb die Verbreitung der Wiener Ausgabe schon für straflos erklärt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streit der Straßenbahn-Werkstättenarbeiter. Die Direktion der „Großen Berliner“ macht jetzt die größten Anstrengungen, „Arbeitswillige“ als Ersatz für die Streikenden anzuwerben. An den Aufschlagsäulen prangen Plakate, worin Schloffer und Hilfsarbeiter bei dauernder und „lohnender“ Beschäftigung für die Werkstätten gesucht werden. Dauernd mag diese Arbeit ja sein, wenn sich die Leute alles gefallen lassen, was ihnen die Antreiber der Direktion bieten, aber „lohnend“ — die Direktion scheint 3,50 resp. 2,75 M. pro Tag als einen „lohnenden“ Verdienst zu betrachten. Immerhin sind auf den Arbeitsnachweisen der Kühnemänner einige Arbeitslose für die „Große Berliner“ ausgegabelt worden. Diese wurden dann von der fürsorglichen Polizei in Straßenbahnwagen begleitet und in den Werkstätten abgeliefert. Die meisten dieser Arbeitswilligen gingen jedoch bald wieder ihrer Wege, als sie sahen, welche schöne Arbeit ihrer wartete. Mittlerweile sucht sich die Direktion dadurch zu helfen, daß sie ihre Tiefbau-Arbeiter nach den Werkstätten beordert. Ferner hat sie eine Anzahl von Fahrern und Schaffnern, die früher Schmieße oder Schloffer sc. waren, durch die bekannte „sanfte Ueberredung“ zur Verrichtung von Werkstättenarbeit „bewogen“. Natürlich sind diese Leute jetzt durchaus ungeschult. Infolgedessen häuft sich die Zahl der reparaturbedürftigen Wagen von Tag zu Tag. Auf einigen Linien gab es gestern schon Motorwagen, die auf offener Straße den Dienst versagten: sie waren aus eigener Kraft weder vor- noch rückwärts zu bewegen und mußten schließlich ausgelegt werden. Wenn dies noch einige Tage so weiter geht, dann dürfte die Sicherheit des verkehrenden Publikums auf den Straßenbahnen bald ernstlich gefährdet sein. — Noch in dieser Woche werden sich die Tiefbau-Arbeiter über ihre eventuelle Stellungnahme zu dem Streit schlüssig werden. Auch unter dem Fahrpersonal herrscht eine ernste Wägung darüber, daß die früheren Handwerker als Arbeitswillige in die Werkstätten beordert werden.

Die Steinbildhauer nahmen am Montag in sehr gut besuchter Versammlung den Bericht der Lohnkommission entgegen. Verdictet wurde, daß mit Ausnahme von zwei Zimmungs-Steinmehrgeschäften die Lohnforderungen bewilligt worden sind. Die Verhandlungen mit der Steinmehrgewinnung führten auch in der letzten Besprechung mit dem Vorsitzenden zu keinem Resultat. Nur einzelne Lohnminderungen wollte die Zimnung gewähren. Die Einführung des Fünftageslaufes auf den in Betracht kommenden Steinmehrgewerkschaften wurde abgelehnt. An den Bauten dieser Geschäfte sowie bei allen übrigen Firmen ist diese Arbeitszeit bereits üblich. Bei einigen guten Willen hätte diese Forderung leicht erledigt werden können, denn da die eigentliche Arbeitszeit — 7 1/2 Stunden — die gleiche bleiben und nur die Nachmittags-Arbeitszeit statt von 1 1/2 bis 6 Uhr mit 1/2 Stunde Vesperpause auf die Zeit von 1 bis 5 Uhr verlegt werden soll, entstehen den Geschäften durch die Anerkennung der Forderung nicht die geringsten Unkosten.

Da die gewünschte Abschließung eines korporativen Arbeitsvertrages trotz anhaltend vierwöchentlicher Verhandlungen mit der Zimnung nicht zustande gekommen ist, beschloß die Versammlung nach sehr reger Diskussion, in welcher ein Antrag der Kommission auf Vertagung der Fünftageslauf-Forderung durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde, mit 98 gegen 4 Stimmen, bei der Firma Schilling, dem größten der beiden in Betracht kommenden Geschäfte, die Arbeit niederzulegen. Die dort Beschäftigten 28 Bildhauer führten diesen Beschluß am Dienstag einmütig aus. Von einem Vorgehen im zweiten Geschäft wurde Abstand genommen, weil dort zur Zeit so gut wie gar keine Arbeiten vorliegen. Es arbeiten nur einige Gehilfen in Darmort.

Der Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter, Sektion I Berlin, hielt am 15. Mal seine Versammlung ab, in der W. Richter eine Uebersicht über die Entwicklung der hiesigen Zahlstelle in den letzten zehn Jahren gab. Dann nahm Träger als

Delegierter zum Verbandstage Stellung zu den eingelaufenen Anträgen, die sich hauptsächlich auf die Erhöhung der Beiträge zu größeren Leistungen im Unterfütterungswesen und Anstellung von besoldeten Gaubeamten beziehen. Wohl könne er sich zu einer Erhöhung der Beiträge verstehen, aber nur zum Zwecke der Stärkung der Verbandskasse, um eventuell Kämpfe aus eigener Kraft führen zu können. Verwundern müsse er sich über den Antrag des Hauptvorstandes auf Herabsetzung des Eintrittsgeldes auf 50 Pf. Dies ergebe bei Zugrundelegung der Aufnahmen im vergangenen Jahre allein einen Ausfall von 4000 M. Auch für Anstellung besoldeter Gaubeamten könne er sich der Kosten wegen nicht erörtern. Er ist nur für Anstellung eines tüchtigen besoldeten Agitators. In der Diskussion sind alle Redner für Erhöhung der Beiträge, doch nur zwei für Ausbau der Krankenunterstützung und Anstellung von besoldeten Gaubeamten.

Träger begründet sodann eine Resolution zu Gunsten des Hamburger Streiks, die sofort angenommen wird. Die Resolution lautet: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Auslande der Hamburger Brauerei-Arbeiterschaft und ist der Ansicht, daß dieser Streik sich bei einigermaßen entgegenkommender Haltung der Arbeitgeber hätte vermeiden lassen, da sie ohne Gefährdung ihrer geschäftlichen Existenz im Stande waren, weitere Zugeständnisse zu machen. Die Versammlung betrachtet es daher als ihre Pflicht, die Brauerei-Arbeiterschaft Hamburgs nicht nur moralisch, sondern auch hauptsächlich finanziell durch Veranstaltung von Sammlungen und eifriger Beteiligung daran zu unterstützen.“

Zum zweiten Schriftführer wurde Stollge Hebelstein gewählt, auch wurden einige Vertrauensmänner bestätigt. Koroschat brachte Vorschläge über Uebergriffe von Vorderbüchsen in der Brauerei Königsstadt vor. Bei Köhler fehlen Leute und müssen deshalb einige in der Woche mehrere Male 18 Stunden arbeiten.

Arbeiter, Parteigenossen! Wieder sind wir gezwungen an Euer Solidaritätsgefühl, welches Ihr bei dem Streik der Väder bewiesen habt, zu appellieren. Arbeit in den Barbiergeschäften, in denen Ihr Euch bedienen könnt, auf die rote Kontrollkarte 1904. Diese Karte ist der Ausweis dafür, daß der Gehilfe, der Euch bedient, organisiert ist und daß der Arbeitgeber unsere Organisation anerkennt. Steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Barbiergehilfen sich allein helfen sollen. Wir lassen es an nichts fehlen. Aber nur durch Euren Druck wird es möglich sein, Verhältnisse bei uns herbeizuführen, die als annehmbar zu bezeichnen sind; denn denkt, genau wie bei den Vätern haben auch wir unter dem Kopf- und Logowesen zu leiden.

Arbeiter, laßt Euch nicht durch persönliche Bekanntschaft mit dem Arbeitgeber davon abhalten, dafür zu sorgen, daß der Gehilfe organisiert ist und der Arbeitgeber unsere Organisation anerkennt. Außerdem ersuchen wir noch, an dem zweiten Feiertage noch Rögigkeit die Barbiergehilfen zu meiden, es ist dies eine Forderung unserer Organisation an die Arbeitgeber; denn das ganze Jahr haben wir nicht einen vollen Tag zur Verfügung. Auch die Arbeitgeber haben die Absicht, durch „Unterchriften sammeln“ die dafür notwendige Zweidrittel-Majorität aufzubringen, um bei der Aufsichtsbehörde den Schluß an den zweiten Feiertagen durch gesetzliche Verfügung zu erwirken.

Der Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

Zum Streit der Parteiliefer. Am Mittwoch hat erneut eine Verhandlung mit den Arbeitgebern stattgefunden, in der sich dieselben bereit erklärten, den neuen Tarif in allen Punkten anzuerkennen. Nur wünschen sie, daß der Tarif nicht sofort, sondern erst vom 1. Juli ab Gültigkeit haben solle. Die gestrige Versammlung der Streikenden lehnte diese Einschränkung jedoch ab, weil bereits neun Firmen mit ca. 100 Arbeitern nach den neuen Tariffäden arbeiten lassen und diese Arbeiter geschädigt würden, wenn der Tarif offiziell erst am 1. Juli in Kraft tritt. Es wurde einstimmig beschlossen, an der Forderung, daß der Tarif sofort Gültigkeit erlangt, unbedingt festzuhalten mit der Mahgabe, daß jede neue angefangene Arbeit nach den neuen Tariffäden zu bezahlen ist. Mit diesem Beschluß erklärten sich auch die neun Firmen, die bereits bewilligt haben, unter schriftlich einverstanden. Im Streit befinden sich noch etwa 120 Arbeiter, die sich ebenfalls auf neun Firmen verteilen.

Eine Zuschrift gegen den Metallarbeiter-Verband. In nächster Zeit wird eine Broschüre des Gewerkevereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter verteilt, die von der ersten bis zur letzten Seite von Schmähungen des Metallarbeiter-Verbandes kragt. Soweit sie allgemeine Angriffe bringt, wird an anderer Stelle geantwortet werden. Es sollen hier lediglich die auf Berlin bezüglichen geschäftigen Angriffe zurückgewiesen werden. Doch auch diese nur, soweit sie neu sind. Die alten, längst widerlegten Verdächtigungen bedürfen keiner erneuten Widerlegung. Es wird in der Broschüre behauptet, daß sich in den inneren Kreisen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltung Berlin, Verräter befänden, die alle Verträge der Streikkommission der Bäcker und Drücker dem Arbeitgeber-Sekretär auf schnellstem Wege übermitteln haben. Im nächsten Absatz wird dann auf eine angebliche Aeußerung Wiesners in einer Versammlung der Krankenkasse der Mechaniker Bezug genommen. Vorsichtshalber lehnen die mutigen Herren die Verantwortung für diese Aeußerung ab, womit zugegeben wird, daß die Herren sich mit der angeblichen Aeußerung Wiesners selbst nicht identifizieren möchten. Nun läßt sich ja über den Verräter von Seite und Anstand streiten. Wir meinen aber, es sei nicht zuviel verlangt, wenn wir den Gewerkeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter auf-fordern, uns die Möglichkeit zu geben, die Schreiber obiger Behauptungen ansprechen zu können. (Die Broschüre ist von keiner juristischen Person gezeichnet.) Oder wir müssen annehmen, es ist den Herren lediglich darum zu thun, wesentlich falsche Verdächtigungen auszustreuen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Hamburger Bierhopsit. Eine Versammlung von ungefähr 2500 Gastwirten Hamburg-Altonas nahm nach längerer Debatte eine Resolution an, die das Bedauern der Wirte über die Haltung der Brauereien ausdrückt und die Mitglieder der Wirtereine auf-fordert, noch heute ab nur „ringfreies“ oder wenn dieses nicht zu beschaffen ist, gar kein Bier zu schenken.

Achtung, Tischler! Bei der Firma Neumann u. Gränig in Erfurt ist heute ein Streik ausgebrochen. Die Ursachen sind in der Entlassung des Ortsvorstehenden zu suchen. In einer der letzten Versammlungen beschloß man, Ueberstunden bis auf weiteres nicht zu machen, weil in andren Geschäften eine starke Arbeitslosigkeit eingetreten war und die Arbeitszeitverkürzung notwendig wurde. Obige Firma verlangte nun Ueberstunden und Sonntagsarbeit, was der Vorsitzende im Namen seiner Kollegen zurückweisen mußte. Hierauf erfolgte seine Entlassung und damit der Ausstand seiner 32 Kollegen. Die Ausständigen fordern jetzt verkürzte Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes. Die Firma hat sich Berufzeit ausbedungen. In Zug streng fernhalten.

Die Firma Liban u. Co., Berlin, Potsdamerstr. 10/11, Fabrik für Comptoir- und Zeichenbureau-Einrichtungen, die in Altenweddungen bei Magdeburg ihre Betriebswerkstätte hat, sucht Tischler, ohne daß dazu eine geschäftliche Ursache vorliegt. Da die Klagen über den horrenden Lohn von 27-30 Pf. pro Stunde und über unangemessene Behandlung in der Werkstätte gar kein Ende nehmen, verhandelte ein Beauftragter des Holzarbeiter-Verbandes am 18. d. M. mit dem Betriebsleiter, fand auch das allerfreudlichste Entgegenkommen, erhielt sogar das Versprechen, daß der Lohn aufgebessert werden und kein Mann entlassen werden solle. Im andren Morgen zeigte sich der Herr jedoch von der wahren Seite und veränderte den Tischlern unter den wütendsten Ausfällen auf den „Aerl vom Verbands“, daß alle Mitglieder des Verbandes

aufhören sollten, worauf 7 von den 15 dort beschäftigten Kollegen dieser Aufforderung nachkamen. Es ergab hiermit an alle Tischler das dringende Ersuchen, die Kugeldole der Firma unbeachtet zu lassen, bis sie sich zu festem Umarmungen bequemt hat.

Zur Bauarbeiter-Aussperrung in Nürnberg-Härlh. Auch die Bauhilfsarbeiter, die den Unternehmern ebenfalls Forderungen unterbreitet hatten und seit Freitagabend mit ausgesperrt waren, haben einige Erfolge erzielt. Sie haben mit dem Unternehmerverband ein schriftliches Abkommen getroffen, wonach ab 1. Juli die 57 stündige Arbeitszeit und ein Minimal-Stundenlohn von 30 Pf., ausgenommen für invalide, schwächliche und jugendliche Personen, festgesetzt wird. Ab 1. Januar 1905 wird der Stundenlohn um weitere 2 Pf. und ab 1. Juli 1905 um einen Pfennig erhöht. Die Abmachung behält bis zum 1. Juli 1906 Gültigkeit.

Die Maler, Tüncher und verwandten Berufsangehörigen in Nürnberg sind ebenfalls in eine Bewegung eingetreten. Sie fordern eine 5 prozentige Lohnerhöhung und besondere Bezahlung der Stunde von 5 bis 6 Uhr am Sonnabendnachmittag. Der bisherige Stundenlohn beträgt bei 10 stündiger Arbeitszeit 33 bis 44 Pf.

Bauhilfsarbeiter - Streik in Landsberg a. Warthe. Von den am 28. April in den Streik eingetretenen 130 Mann haben inzwischen 10 die Arbeit wieder aufgenommen und außerdem haben sich 48 Arbeitswillige eingeschrieben, deren Arbeitsleistung jedoch recht gering zu bewerten ist. Die Aussichten für die Streikenden sind, da die Arbeit drängt, recht günstig und darf nach den Pfingstfeiertagen auf eine Beendigung des Ausstandes gerechnet werden. Zugang fernhalten.

Wenn ein Streikposten den Mund aufmacht, auch ohne gerade etwas zu sagen, so kann das unter Umständen schon sehr gefährlich für ihn sein. Den Beweis hierfür liefert eine Verhandlung vor dem Schwurgericht Schöffengericht gegen einen streikenden Erdarbeiter wegen Streikvergehens. Er war vor einem Bau, auf dem Arbeitswillige beschäftigt waren, als Streikposten aufgestellt, als plötzlich vor demselben Bau eine starke Ansammlung von Arbeitern anderer Berufe entstand, die sich über die Lieblinge des Unternehmers in wenig schmeichelhafter Weise äußerten. Die Polizei verhaftete lediglich den Streikposten, der bis zur Verhandlung in Haft behalten wurde. Vor Gericht konnte der Schutzmann, der bei dem Zusammenlauf anwesend war und den Mann verhaftet hatte, nichts anderes als Eid auslegen, als daß der Angeklagte den Mund aufgemacht habe; ob und was er gerufen, das wisse er nicht. Trotz dieser Feststellung erkannte das Gericht auf sechs Wochen Gefängnis, wobei nicht einmal die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung kam. Die bloße Mitteilung dieses Urteils ist Kritik genug.

Ausland.

Achtung, Kürschner! Die Brüsseler Kollegen sind in den Streik eingetreten. Grund ist: die Rückgängigmachung der gesetzlich festgelegten Ründigungsfrist. Da Angestellte verschiedener Firmen nach Deutschland gekommen sind, um Arbeitswillige zu suchen, versuchen wir auf der Hut zu sein. Die Brüsseler Kollegen haben stets den rechten Anteil an unseren Kämpfen genommen und dürfen deshalb mit Recht auf unsere Unterstützung rechnen.

Verband deutscher Kürschner
Zahlstelle Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am ersten Pfingstfeiertag findet ein Frühkonzert bei Allen, Halenbeide 13/15, statt. Einladkarten zum Preise von 20 Pf. sind bei den bekannten Genossen zu haben.

Der Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis veranstaltet am 2. Pfingstfeiertag eine Dampferpartie nach „Sportplatz Piesenhalts“ mit den neuerbauten Salondampfern „Saxonia“ und „Borussia“. Abfahrt 8 1/2 Uhr von der Stralauer Brücke 5 (Kahnt und Herber). Willets sind an Bord der Dampfer noch zu haben. Gäste willkommen.

Vierter Wahlkreis (Süd-Ost). Am 1. Pfingstfeiertag findet in Ludwigs Park-Restaurant und in Josias Victoria-Garten in Treptow großes Frühkonzert statt. Einen regen Besuch erwarten. Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Central-Wahlverein für den Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Das diesjährige Kreisfest findet am Sonntag, den 3. Juli in Steglitz-Groß-Lichterfelde, Etablissement Wilmersdörfer (Inhaber Oskar Schade) statt. Mit dem Arrangement sind die Genossen der beiden genannten Orte vom Centralvorstand beauftragt. (Siehe auch Inserat in der heutigen Nummer.)

Abendklub. Der Wahlverein veranstaltet am ersten Pfingstfeiertag im Gesellschaftshaus von Arthur Lau, von 5 Uhr morgens an ein Frühkonzert unter Mitwirkung des Männer-Gesangsvereins „Proffina“, M. d. A. S. O., der gesamten Kapelle des Herrn Dams. Einladkarten a 20 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern und Bezirksführern zu haben. Dessenfalls Kasse findet nicht statt.

Lokales.

Zu den Stadtverordneten-Ergebnissen, die im 32. und im 40. Bezirk der dritten Abteilung notwendig geworden sind, weil dem bisherigen Stadtverordneten des 32. Bezirks, Genossen Reid, wegen „Kassieratsbeleidigung“ das Mandat aberkannt worden ist und der bisherige Stadtverordnete des 40. Bezirks, Genosse Freudenberg, wegen Krankheit sein Mandat niedergelegt hat, wird dem Ansehen nach zunächst nur von unserer Seite gerüht. Vorläufig ist nichts darüber bekannt geworden, daß den Kandidaten, die die socialdemokratische Arbeiterpartei für diese Erwahlten aufgestellt hat, dem Genossen Karl Reid im 32. Bezirk und dem Genossen Leo Krons im 40. Bezirk, von freisinniger oder gar von kirchlichparteilicher Seite das Mandat freitig gemacht werden soll.

Es ist nichts darüber bekannt geworden, aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß unsere Gegner nicht noch in den letzten Tagen vor der Wahl mit irgendwelchen Gegenkandidaten, die in geheimen Kandidaten ernannt worden sind, auf dem Plan erscheinen können. Das gilt zum mindesten für den 40. Bezirk, in dem bei der Wahl von 1899 auf unsere Genossen Freudenberg nur zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, 1421 von 2183, fielen. Anders liegt die Sache ja im 32. Bezirk, wo bei der Wahl von 1901 Genosse Reibrecht 2326 von 2867 Stimmen bekam und wo es bei der wegen Doppelwahl Reibrechts sofort notwendig gewordenen Erwahlwahl Genosse Reid sogar auf 2871 von 2437 Stimmen brachte. Aber man sollte grundsätzlich bei seiner Wahl und in keinem Bezirk sich auf „Unfähigkeit“ der Gegner verlassen. Die Erfahrungen, die bei früheren Wahlen gemacht wurden, haben gelehrt, daß es immer gut ist, sich auf Ueberraschungen gefaßt zu machen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen von 1903 haben wir es erlebt, daß hier und da selbst in Bezirken, die zum sichersten Besitz der Socialdemokratie gehören, am Wahltag ein freisinniger Kandidat auftauchte, der gerade deshalb, weil er unbekannt geblieben war und unerwartet kam, manchen Wähler stutzig machte und in Verwirrung versetzte.

Der Wunsch, im Trüben zu fischen, dürfte bei unsern Gegnern diesmal noch lebhafter als sonst sein. Die Erwahlwahlen finden am 31. Mai 1904 statt, es müssen dabei aber noch die Wählerlisten vom Sommer 1903 benutzt werden. Seit Aufstellung dieser

Listen haben nun zwei große Umzüge stattgefunden, bei denen viele Wähler aus ihrem Bezirk verzogen sind. Diejenigen Kommunalwähler, die damals zum 32. beziehungsweise zum 40. Kommunal-Wahlbezirk gehörten, aber heute in einem andern Bezirk wohnen, haben das Recht, am 31. Mai noch an der für ihren früheren Bezirk angelegten Wahl teilzunehmen. Sie haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht dazu, aber für manche Wähler ist durch solchen Umzug doch eine gewisse Schwierigkeit, ihre Pflicht zu erfüllen und ihr Recht zu wahren, geschaffen worden. Das fällt für die Arbeiterbevölkerung und für die socialdemokratische Wählerschaft viel mehr ins Gewicht als für die Wähler der bürgerlichen Parteien; denn im allgemeinen ist es dem besser situierten Vergömt, leichter zu sein als der Arbeiter, der durch den Wechsel seiner Arbeitsgelegenheit und auch durch die Mißstände unseres Wohnungswezens, durch übermäßige Höhe der Wohnungsmieten aus einem Stadtteil in den andern getrieben wird. Es ist wohl denkbar, daß der Freisinn hier von zu profitieren suchen und noch im letzten Augenblick in den Wahlkampf eintreten wird.

Wir erwarten, daß die socialdemokratischen Kommunalwähler des 32. und 40. Bezirks es an Pflichtigkeit und Opferfreudigkeit nicht fehlen lassen werden, um alle etwaigen Pläne unserer Gegner zu Schanden zu machen. Kein Parteigenosse, der dort wahlberechtigt ist, darf bei der Wahl fehlen. Alle die, welche inzwischen in einen andern Bezirk verzogen sind, müssen es möglich zu machen suchen, daß sie trotzdem an der Wahl teilnehmen. Jeder der irgendwas einen aus dem 32. oder 40. Bezirk verzogenen Parteigenossen weh, möge auf ihn einwirken, daß er am 31. Mai seiner Wahlpflicht genügt. Diese Erwahlwahlen sind von nicht geringerer Wichtigkeit als die allgemeinen Wahlen, die alle zwei Jahre stattfinden, und ihre Bedeutung reicht hinaus über den 32. und 40. Bezirk. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir die beiden Bezirke behaupten, sondern darum, daß unsere Genossen Karl Reid und Leo Krons am 31. Mai mit einer möglichst großen Stimmenzahl gewählt werden.

Der Freisinn würde selbst das schon als einen Erfolg ansehen, wenn er nur darauf hinweisen könnte (selbstverständlich unter Vermeidung der Beziehungen zwischen Wählerliste und Umzug), daß die Stimmenzahl der Socialdemokratie „zurückgegangen“ sei. Nach den schönen Siegen, die wir bei den allgemeinen Stadtverordneten-Wahlen von 1903 errungen haben, nach der schimpflichen Niederlage, die wir dabei den Freisinnigen bereitet haben, könnte es dieser Sippschaft gerade passen, wenn durch einen minder ruhmvollen Ausfall der Erwahlwahlen der Eindruck jener Wahlsiege abgeschwächt würde.

Der Grundstücks-Verkauf war in Berlin während des letzten Jahrzehnts fast ununterbrochen und im Endergebnis sehr bedeutend zurückgegangen, nach 1900 aber hat er wieder eine Zunahme erfahren, die besonders in 1903 recht groß gewesen ist. In den zehn Jahren 1891-1900 waren in andre Hände übergegangen: durch freiwillige Veräußerung 2775, 2486, 2163, 2169, 2060, 1590, 1544, 1561, 1686, 1519 Grundstücke; durch Zwangsversteigerung 183, 306, 401, 407, 392, 409, 333, 230, 168, 135 Grundstücke. In den drei Jahren 1901-1903 dagegen wechselten ihren Besitzer: durch freiwillige Veräußerung 1565, 1675, 2007 Grundstücke, durch Zwangsversteigerung 136, 137, 120 Grundstücke. In 1903 wurden um etwa 33 1/2 Proz. mehr Grundstücke freiwillig veräußert als in 1900. Die Zahl der freiwilligen Veräußerungen hat damit wieder dieselbe Höhe erreicht, die sie in der Mitte der neunziger Jahre hatte, aber sie bleibt doch noch beträchtlich zurück hinter derjenigen vom Anfang der neunziger Jahre. Die Zwangsversteigerungen hatten sich im Anfang der neunziger Jahre rasch vermehrt, ihre Zahl war dann aber seit der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wieder geringer geworden. Im Jahre 1903 hat sie einen ungewöhnlich tiefen Stand erreicht.

Die Berufsverhältnisse der Bevölkerung Berlins. Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1900 hatte Berlin eine Einwohnerzahl von 1 888 848 Personen. Darunter werden nur 772 784 geborene Berliner gezählt — 40,91 Proz. der Gesamtbevölkerung. Betrachtet man die Berufsverhältnisse der Berliner Bevölkerung, so ergibt sich folgendes Bild: Selbstständige Personen waren 1 026 151 — 54,33 Proz. vorhanden, während 862 697 — 45,67 Proz. als Angehörige derselben zu bezeichnen sind. Gewerbetreibende wurden 1 365 159, das sind 72,43 Proz. der Bevölkerung ermittelt. Von den Gewerbetreibenden waren 695 314 Personen selbstständig und 151 085 selbständig. Von den Selbstständigen beteiligten sich an der Verarbeitung von Holz- und Schnitzstoffen 46 222, an der Herstellung von Bekleidung 138 799, an der Metallverarbeitung 67 497, am Baugewerbe 53 727 und am Handelsgewerbe 134 877 Personen. 20 027 Selbstständige gehörten dem Privatverkehr an. Auf den Post- und Eisenbahnverkehr (ausschließlich Straßenbahn) kamen 27 103 Personen. Für persönliche Dienstleistungen waren 102 660 Selbstständige oder 5,44 Proz. der Bevölkerung vorhanden, von denen 23 849 oder 23,23 Proz. eine eigene Wohnung innehalten. Die Zahl der ungelerten Arbeiter betrug 18 492. Ohne eigentlichen Beruf bezw. mit unbekanntem Beruf wurden 101 082 Personen gezählt, ausschließlich deren Angehörige.

Einzelne Berufsgruppen zeigen ein bedeutendes Uebergewicht des weiblichen Geschlechts. So wurden in der Bekleidungsgruppe 49 278 selbstständige Männer und 89 521 weibliche Personen gezählt. In der Reinigungsgruppe kamen auf 6236 männliche 15 749 weibliche selbstständige Personen. Bei den persönlichen Dienstleistungen standen 11 130 männlichen 91 590 weibliche Selbstständige gegenüber. Aber auch in der Textilindustrie überwiegt das weibliche Geschlecht, indem 6612 männliche und 6902 weibliche Selbstständige gezählt wurden. In der Papierindustrie kamen auf 12 890 männliche 8312 weibliche selbstständige Personen. Lange wird es nicht dauern und auch in der Papierindustrie Berlins wird die weibliche Arbeitskraft die männliche überholt haben, ist sie doch — was für die Unternehmer der ausschlaggebende Faktor ist — billiger als die männliche Arbeitskraft. Hier bietet sich den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen noch ein weites Feld, ihre Tätigkeit zu entfalten.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Die Stadt Bärzberg hat in ihrer Verwaltung beschlossen, an den Reichstag einen Antrag zu richten, der dahin geht, den Stempel für Kommunalanleihen auf 1/10 pro Mille festzustellen, genau wie bei den Anleihen des Reiches und der Einzelstaaten, zumal die Kommunalanleihen gemeinnützigen Zwecken dienen. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, sich diesem Antrage anzuschließen. Der Magistrat ist ferner dem Vorschlag der Berliner Stadtverordneten-Versammlung beigetreten, wonach die Abstimmungslisten aus den geheimen Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung in Zukunft nicht mehr veröffentlicht werden sollen.

Blindenheim. Am 1. März ds. Js. ist das aus den Mitteln der „Jda-Verder-Stiftung“ dotierte Blindenheim in Weihensee eröffnet worden. Dem Willen der Stifterin entsprechend, finden erwerbsfähige Blinde beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses Aufnahme. Die Aufzunehmenden müssen Berliner Ortsangehörige sein und ein von dem Arzt bescheinigtes Gesundheitszeugnis beibringen. Die Aufnahme und Unterhaltung der das Heim Auffuchenden ist unentgeltlich. Das Heim gewährt Wohnung und vollständige Verpflegung. Außerdem erhalten die Pflanzlinge monatlich 3 Mark Taschengeld. Das Blindenheim liegt unmittelbar am See und besitzt einen großen herrlichen Park, der den Pflanzlingen einen angenehmen Aufenthalt bietet. Zur Zeit haben erst drei weibliche Personen von der gebotenen Einrichtung Gebrauch gemacht. Eine sehr wertvolle Eigenschaft des Grundstücks besteht darin, daß es an der Straßenfront reichlich Raum bietet, um bei eintretendem Bedürfnis einen Neubau für die Erweiterung des Heims aufzuführen, ohne daß dadurch der Park eine Verunreinigung erfahren würde.

Die Verwaltung des Heims wird von der städtischen Deputation für die Blindenpflege geführt, deren Sekretariat, Oranienstr. 20, Meldungen zur Aufnahme entgegennimmt.

Berlin und die Universität. Zu Gunsten der Stadtgemeinde Berlin wurde gestern (Freitag) mittags vor dem Kammergericht der Prozeß entschieden, den die Universität gegen unsere Kommune wegen der Durchquerung des Kastanienwäldchens mit Geleisanlagen der Großen Berliner Straßenbahn angehängt hatte. Das hierzu nötige Terrain war seiner Zeit mit Hilfe des Polizeipräsidiums von der Stadt enteignet worden. Hiergegen war seitens der Universität Einspruch erhoben und eine Klage anhängig gemacht worden, in der sie das enteignete Gelände als Wäldchen reklamierte und hierfür 1 600 000 M. verlangte, die aber nicht ausgezahlt, sondern mit 70 000 M. jährlich von Berlin verzinnt werden sollten. Zu dem ersten Instanz wurde das freitige Terrain als Wäldchen anerkannt und Berlin zur Erfüllung der von der Klägerin gestellten Forderung verurteilt. Auf die Berufung der Stadtgemeinde ist nun gestern dieses Urteil aufgehoben und unter Abweisung der Klage der Universität der Beschluß des königlichen Polizeipräsidiums im wesentlichen wieder hergestellt worden. Auf Grund neuerer Feststellungen ist vom Kammergericht eine Entschädigung von 12 336 M. festgesetzt worden, welche einer Jahresrente von 617 M. entspricht.

„Wider die Pfaffenheerfahrt“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von diesem, von unfrem Parteiverlag herausgegebenen Lieferungswerk ist soeben das 6. Heft erschienen. Es bringt die Fortsetzung des im 5. Heft begonnenen 1. Kapitels: „Von den Heiligen, den Mönchen und den Nonnen“, in dem behandelt wird: Uchristliche Ketzerei und uchristlicher Kommunismus als Wurzeln der Möncherei und Klosterei. — Das Wesen der Ketzerei. — Die „Väter der Bistümer“. — Ein paar heilige Männer und heilige Frauen. — Die Heiligen, die Herren der römisch-katholischen Kirche. — Die Augen Päpste ernennen die Heiligen. — Die anfängliche Möncherei, ein Protest gegen Reichtum und Massenelend. — Die ersten Mönche Kommunisten. — Die Gelehrtheit. — Benedikt von Nursia und seine Regel. — Die Klöster in Deutschland. — Die Klöster als Ausbeutungsinstitute. — Die Möncherei im Sprichwort des Mittelalters. — Mönchische Kurzweil, Trint- und Tafelreden. — Roheit und Lasterleben hinter den Klostermauern. — Reformversuche. — Koblenzbräu. — Die Geisel im Kloster. — Fanatismus und Unbuddsamkeit. — Die Bettelmönche ein Protest gegen das mönchliche Schlemmerleben. — Franz von Assisi und die Bettelorden. — Interessant ist auch die zeitgenössische Schilderung des Klosterlebens in Italien „Die Ranna in Rom unter einem Feigenbaum der Antonia von dem Leben der Nonnen erzählt“.

Von den vorzüglich gelungenen Illustrationen nennen wir: „Die Versuchung des heiligen Antonius“, nach einem Kupferbild des 16. Jahrhunderts, ferner nach einem Holzschnitt von Albrecht Dürer: „Madonnenbild“. Ein andres Bild zeigt, wie Eltern ihre Tochter einem Kloster übergeben. Außerdem enthält das Heft eine Anzahl „Mönchs- und Nonnentypen“, Darstellungen aus dem Klosterleben und endlich ein satirisches Kupfer „Die Verprobantierung des Klosters“.

Jedes Heft kostet 20 Pf. und ist jedem Genossen zu abonnieren empfohlen. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur liefert die Hefte noch von Nummer 1 an. In Berlin sind die Hefte in den Parteipublikationen, bei allen übrigen Speditoren sowie bei jedem Kolporteur oder auch in der Vorwärts-Vuchhandlung zu haben. Der Verlag bittet die Parteigenossen um rege Unterstützung bei Verbreitung des Werkes.

In der Pfingstwoche findet eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung nicht statt. — Morgen werden die städtischen Kassen und Bureau um 1 Uhr mittags geschlossen.

Ein Kampf um die Inserate ist zwischen den beiden großen Firmen August Scherl und Rudolf Mosse ausgebrochen. Herr Scherl hat die Geschäftsanteile des „Gartenlaube“-Verlages Ernst Reif vor einiger Zeit erworben und setzt nun Herrn Rudolf Mosse arg zu, weil dieser sich nicht dazu verstehen will, das Recht der Beifügung von Inseratenbeilagen, das er bis zum Jahre 1907 noch besitzt, freiwillig aufzugeben. Da, wie gesagt, Herr Mosse auf eine friedliche Lösung des Inseratenvertrages nicht eingehen will, weist ihm, nach seiner Darstellung, Herr Scherl unter allen möglichen Vorwänden halb dieses, halb jenes Inserat als mit dem Charakter eines Familienblattes nicht übereinstimmend zurück und trifft den Konkurrenten damit an der empfindlichsten Stelle. In einem Rundschreiben erhebt Herr Mosse jetzt ein vernehmliches Wehklagen und jammert, daß es sich hier um einen Verstoß handle, seiner Firma den Besitz eines wohlverordneten Rechtes zu entreißen.

Wer die Macht hat, hat das Recht, und so wird Herr Mosse mit seinem Appell an das Gerechtigkeitsgefühl der Inserenten wohl nicht allzubiel ausrüsten und den Schaden tragen müssen. Es sei denn, daß die beiden Feinde Frieden schließen und sich in höherer Erkenntnis gemeinsam um so eifriger am Publikum schadlos halten.

Mit der Aufstellung der neuen städtischen Normalkuren ist jetzt in der Hortstraße, und zwar an zwei Stellen, an der Ecke der Bülow- und der Großbeerenstraße, begonnen worden. Die von der königlichen Sternwarte regulierten Uhren befinden sich in einer über 6 Meter hohen Säule, die von einem Globus gekrönt wird. An diesem sind, wie es bei der Weiterföhrung auf dem Schlossplatz der Fall ist, die Himmelsrichtungen genau angegeben.

Die Pfingstmaien, die heute früh in großen Massen hier eintreffen werden, prangen infolge der im ganzen günstigen Witterung diesmal in dem herrlichsten und frischesten Frühlingsgrün. Der Handel mit Maien nimmt hier von Jahr zu Jahr zu; selbst aus Ostfriesland, die ziemlich entfernt von Berlin liegen, treffen Leute mit ihren Wagen hier ein, um sich durch den Verkauf der grünen Zweige einen kleinen Pfingstverdienst zu verschaffen.

Ein neuer Lehrstuhl für Elektrotechnik ist an der königlichen Technischen Hochschule errichtet und dem Oberingenieur der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske, Dr. ing. Walter Reichel, übertragen worden. Reichel wird mit dem 1. Juli d. J. seine Stellung, in der er sich 15 Jahre lang betätigt hat, aufgeben und nach Ablauf der Sommerferien mit seinen Vorlesungen an der Technischen Hochschule beginnen.

Ein neues Verhängnis der Mörder des Aufsehers Schemel. Bei ihrer wiederholten Vernehmung haben gestern vor dem Untersuchungsrichter in Spandau die beiden Raubmörder Müller und Jopp ihre zwedlosen Abkennungversuche aufgegeben und ein umfassendes Geständnis abgelegt. Das Mörderpaar gab jetzt zu, über den Plan zur gemeinsamen Verraubung des Sch. schon vor Wochen gesprochen, die Einzelheiten zu den Vorbereitungen für den Raubmord selbst aber erst am Abend vor der That verabredet zu haben. Auch die Entdeckung des Schemel haben die Mördergehilfen, wie sie jetzt zu geben, gemeinsam ausgeführt. Zu dem Geständnis kamen die beiden, nachdem ihnen das Fruchtlose ihres bisherigen Verhaltens eindringlich vorgehalten worden war. Somit haben die gerichtlichen Vorermittlungen ihren Abschluß gefunden. Auf Requisition der Staatsanwaltschaft II werden die Mörder nunmehr nach dem Moabitier Untersuchungsgefängnis gebracht werden.

Ein geisteskranker Naturarzt? Der Kuffeher erregende Fall Weingiehr will nicht zur Ruhe gelangen und zeigt wiederum, wie geringe Rechtsgarantien durch das Wiederaufnahmeverfahren in seiner jetzigen Gestalt geboten werden. Der „Naturarzt“ Weingiehr war, wie noch erinnertlich sein wird, zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden, weil er sich an seinen Patientinnen vergangenen Monats, und Tageslicht war seine merkwürdige Praxis durch die Anzeige einer Braut gekommen. Nachdem die Revision des Weingiehr vom Reichsgericht verworfen war, beantragte Rechtsanwalt Walter Bahn, der Verteidiger des W., das Wiederaufnahmeverfahren, indem er geltend machte, daß W. nach der abnormen Zahl und der Art der Straftaten sowie infolge erblicher Belastung für geisteskrank erachtet werden müßte. Landgericht und Kammergericht lehnten den Antrag

ad, obgleich ihm ein ärztliches Attest beilag, wonach B. an Gehirn-erweichung und Rückenmarkschwindel leide. Der Verurteilte kam nunmehr zur Verbüßung seiner Strafe nach Luckau. Das Schicksal hatte es indessen anders beschloßen. Der Wiederaufnahme-Antrag hatte wenigstens so viel Wirkung, die Justizbehörde und besonders den dortigen Pfarrer auf den Zustand des Naturarztes aufmerksam zu machen. Schließlich wurde Weinzierl nach Berlin zurückgeführt, um hier nochmals auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden. Nunmehr hat Rechtsanwalt Bahn einen neuen Wiederaufnahme-Antrag gestellt.

Postausweisarten wird die Reichs-Postverwaltung, Bayern und Württemberg am 1. Juni, wie wir seinerzeit angekündigt haben, für den inneren Verkehr ausgeben. Sie dienen zur Empfangnahme von Postsendungen. Ihr Hauptzweck ist der Austausch der Reisenden. Empfänger, die dem Postboten unbekannt sind, brauchen keine Bürgschaft mehr durch den Gastwirt oder andere bekannte Personen, wenn sie Wertsendungen entgegennehmen. Die Karten können auch an den Schaltern außer den andern Ausweisen verwendet werden. Sie werden für ein Jahr ausgestellt. Auf der linken Hälfte der Innenseite wird die Photographie des Inhabers befestigt. Rechts steht eine Beschreibung der Person des Inhabers.

Von Nabel zur Bibel. Das Bierhaus Nabel in der Landbergerstraße, eine Illkneipe à la Bauernschänke, welche im Vorjahre an Stelle der früheren Singspielhalle Verolina errichtet wurde, wird zum Oktober eingezogen, um einer jüdischen Religionschule Platz zu machen. Aehnliche Wandlungen sind übrigens in der Reichshauptstadt nichts Seltenes. Das ehemalige Parodie-Theater, die Stätte ausgelassenen Altes, ist heute ein Mädchenheim der Heilsarmee; so wohl in der Friedrichstadt wie im Osten Berlins haben sich Eingetragene in Festfeste frommer Brüdergemeinschaften verwandelt, und aus dem ältesten Chantant Berlins, dem Café Sedan in der Biegelstraße, wurde sogar ein — Sargmagazin. Und trotz solcher augenfälligen Erfolge sind unsere Frommen doch nicht zufrieden.

Eine **Hochstaplerin**, die seit März d. J. mehrere Pensionate prellte, ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um eine hochgebildete Dame aus hervorragender Familie, die sich in ihren Puffstunden mit Latein, Griechisch und Medizin beschäftigte und auch der Frauenbewegung nicht fern stand. Sie führte bei ihren Schwindeleien eine ganze Reihe von Namen: Bertha Kormann, Erna Loschwitz oder v. Loschwitz, v. Salbern, v. Kantstein, v. Kaufmann, v. Leiter. Mit Vorliebe gab sie sich für eine Malerin aus, bald aus München, bald aus Hannover oder Lübeck. Ihr Auftreten war äußerst gewandt und verschaffte ihr leicht Kredit. Wenn dann die Pensionrechnung stark angeschwollen war, so blieb sie aus und hinterließ nur einige wenige minderwertige Sachen. Obwohl ein breites Gesicht und eine breite Stumpfnase sie fast zum Gegenteil einer Schönheit stempelten, so machte sie doch auch auf die Herrenwelt leicht Eindruck. Ihre außerordentliche Bildung und ihr Auftreten fesselte eben alle. Jungen Herren machte sie sich außerdem interessant, indem sie sich ihnen als verkommene junge Frau gab. Die Stellidiebs aber wurden den beliebten jungen Herren ziemlich lustlos. Der Kriminalpolizei, die viele Anzeigen erhielt, gelang es nicht, der Hochstaplerin habhaft zu werden, bis ein Kommissar auf dem schriftlichen Wege, den sie zur Einleitung ihrer Belanntschaften liebte, Rührung mit ihr gewann. Es wurde brieflich ein Stellidieb nach dem Roland im Tiergarten verabredet. Die junge Frau, die vor ihrem eifersüchtigen Gatten sehr auf der Hut sein mußte, sollte, wie sie schrieb, nach Wiesbaden fahren, um dort die Pfingstfeiertage zu verleben. Sie täuschte aber ihren Gatten, indem sie von einer der nächsten Stationen nach Berlin zurückfuhr, und erschien pünktlich zur verabredeten Zeit am Roland. Unbeschreiblich aber war ihr Erstaunen und ihre Enttäuschung, als sich hier der erwartete Liebhaber als Kriminalkommissar zu erkennen gab und sie festnahm. Gestern wurde sie nach Moabit gebracht, wo sie jetzt außer den Pfingsten wohl noch längere Zeit wird verleben müssen.

Selbstmordversuch im öffentlichen Lokal verübte gestern abend gegen 1/2 12 Uhr in dem Restaurant „Zur Bierglode“ in der Rosenhaldertstraße 49 der 33jährige Kaufmann Georg B. Er hatte kurz vorher erst das Lokal betreten, sich ein Glas Bier geben lassen und sah unbeachtet vom Personal und den übrigen Gästen allein am Tisch. Plötzlich zog B. sein Taschmesser hervor und machte den Versuch, sich mit der scharfen Klinge die Kehle zu durchschneiden. Erhe es ihm gelang, sein Vorhaben vollständig zur Ausführung zu bringen, wurde dem Lebensmüden das Messer entziffen. B. hatte jedoch schon eine derartig schwere Verletzung davongetragen, daß er nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ladenräuber suchten gestern vormittag die Schulbuchhandlung von Gustav Müller in der Prinzen-Allee 9 heim. Um 11 1/2 Uhr sah Frau Müller von ihrem Zimmer aus, daß zwei junge Burschen sich hinter ihrem Ladentisch zu schaffen machten. Sie ging in den Laden hinein gerade als die Burschen dabei waren, die Ladenkasse zu erbrechen. Als die jungen Spitzbuben sich überrascht sahen, ließen sie von der Kasse ab, einer aber warf die Frau, um sie an ihrer Verfolgung zu hindern, zu Boden, und beide verletzten ihr mehrere Hautschläge ins Gesicht. Dann entliefen die Diebe. Frau Müller ist nicht schwer verletzt, aber durch den ausgestandenen Schreck etwas mitgenommen. Geraubt wurde nichts.

Eine **unsaubere Geschichte** teilt ein Berichterstatter mit: Ein Armenkommissions-Vorsteher wurde von einem Hauswirt wegen der Verdringung einer in seinem Hause verstorbenen älteren Frau in Anspruch genommen. Die Frau wurde auf Kosten der Armenverwaltung beerdigt. Die Beamten und anderen beteiligten Personen, die genötigt waren, die Wohnung der Verstorbenen zu betreten, haben davon ein Bild entworfen, das aller Beschreibung spottet. Jeder, der die auf dem Hofe belegene Wohnung betreten hatte, mußte sich und seine Sachen gründlich desinfizieren lassen, um das aufgesammelte Ungeziefer wieder loszuwerden. Niemand wollte schließlich die Wohnung mehr betreten und doch mußte der Nachlaß vorchriftsmäßig aufgenommen werden. Zwei Beamte begaben sich zu diesem Zweck in die Wohnung; sie fanden nichts als Lumpen, einen alten defekten Stuhl und eine wertlose Kommode. Beim Aufziehen einer Schublade wurden zahlreiche Streichholzschachteln mit Bindfaden unvordelt entdeckt. Sämtliche Schachteln waren mit Silber- und Nickelstücken voll gefüllt. Das vorgefundene Geld füllte einen Beutel. Als die Beamten die Wohnung verließen, hatten sie aber nicht nur einen Beutel voll Geld, sondern so viel Ungeziefer aufgesammelt, daß sie nirgendwo hingehen konnten. Das Protokoll war förmlich schwarz von dem Ungeziefer. An einem Tische auf dem Hofe wurde das Geld gezählt und dann ging es zu Fuß nach dem Lbbach, wo gebadet und die Sachen desinfiziert wurden. Nun konnte erst der Heimweg angetreten werden. Das Geld, über 1000 M., haben die Erben erhalten, weil die Verstorbene Armenunterstützung nicht bezogen hat.

Fabrikbrand. In der Nacht zu gestern kam ein größeres Feuer in der Prenzlauer Allee 44 aus. Dort stand die Formerei und Gießerei der Berliner Gußstahlfabrik und Eisengießerei von G. Hartung, Aktiengesellschaft, in bedeutender Ausdehnung in Flammen. Die erste Compagnie erschien auf mehrmaligen Alarm sofort in großer Stärke und griff mit mehreren Schlauchleitungen an, und es gelang durch kräftiges Wassergeben um 2 Uhr nachts des Feuers Herr zu werden. Das Feuer ist nicht gleich bemerkt worden und muß längere Zeit geschwelt haben, es wurde erst bemerkt als die Flammen schon aus dem Dach empor schlugen.

Zu dem Kampfe mit einem Weißeskanen, wovüber wir vor einigen Tagen berichteten, fährt uns der Vater des von Schülern angegriffenen jungen Mannes, daß er gegen die Verhaftung protestiert und kein Grund für die Schulleute vorgelegen habe, mit dem Säbel gegen den durchaus ruhigen Kanaken vorzugehen. Er werde die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft unterbreiten.

Der **Bundesstag des Arbeiter-Radsfahrbundes „Solidarität“** tritt in den Pfingsttagen in Erfurt zusammen. Delegierte sind angemeldet

aus allen 23 Gauen. Welche Arbeiten die Delegierten zu verrichten haben, mag aus nachfolgender Anzahl von Anträgen hervorgehen. Zum Statut sind fünfzehn Anträge gestellt, die die Abänderung einer Reihe von Paragraphen wünsch. Die Delegierten-Feuer betreffend liegen fünf Anträge vor. Das Unfallstatut soll ausgebaut werden, es liegen hierzu achtzehn Anträge vor, die fast ausnahmslos die Erhöhung der Unterstützung bei Unfällen verlangen. Zwölf Anträge verlangen eine Aenderung des Gaststatuts. Mit dem Ausbau der Presse beschäftigen sich sieben Anträge. Die Einkuhrstellen betreffend liegen zwei Anträge vor. Im „Arbeiter-Radsfahrer“ war die Schaffung einer Raddiebstahls-Versicherung angeregt worden, die vorliegenden Anträge verlangen fast ausnahmslos die Ablehnung dieser Anträge. Zur Gewährung von Rechtschutz werden auch einige Verbesserungen angestrebt, desgleichen wird der Ausbau der Centralisation durch mehrere Anträge und eine Resolution des Bundesvorstandes verlangt. Allgemeine Anträge, die sich auf verschiedene Punkte der Organisation und Agitation beziehen, liegen achtzehn vor. — Auf dem Bundesstag vertreten ist die gesamte Bundesleitung, der Ausschuß und der Redakteur des „Arbeiter-Radsfahrer“, Genosse Karl Berg aus Halberstadt. — Aus vielen Städten des Deutschen Reiches sind neben den Delegierten Arbeiter-Radsfahrer erschienen, die den Verhandlungen beizuwohnen gedenken.

In dem bekannten Lokal **Schloß Weihensee**, früher Sterneder, treten an den Pfingstfeiertagen die Hamburger Sängler auf. Der große Park des Lokals sieht jetzt in Blütenpracht.

Orgelkonzert. Otto Dienel hält seinen nächsten Orgelkonzert in der Marienkirche ausnahmsweise nicht Montag, sondern Dienstag, den dritten Pfingsttag, abends 7 1/2 Uhr, unter Mitwirkung von Fräulein Marie Lindow (Sopran), Fräulein Marianne Wolff (Alt), Herrn Ludwig Dreentus (Bass), Herrn Ludwig Wagner (Violine), und Herrn Paul Schnyder (Orgel). Der Eintritt ist frei.

Im **Zoologischen Garten** werden an den beiden Pfingstfeiertagen Frühkonzerte abgehalten, die um 6 Uhr früh beginnen. Bereits um 3 Uhr verkehren die Wagen aller nach dem Zoologischen Garten fahrenden Linien.

Radsport. Der Sieg Demles im kleinen Goldenen Rabe und das hervorragende Fahren des Berliner Dauersfahrers am Mittwochabend gegen Kobl, läßt jetzt Didentmann, den vorjährigen Weltmeisterfahrer, seine Ruhe. Der Holländer hat bekanntlich am letzten Sonntag in Hannover verschiedene neue Rekorde geschaffen und ist seit Mittwoch wieder in Friedenau, um sich für die Rennen in Breslau und den Friedenauer Goldpokal vorzubereiten. Da er in diesem Rennen nicht allein mit Kobl, sondern auch mit Demle zusammentrifft, so möchte er vorher mal an diesem, der Kobl so außerordentlich warm machte, sein Können probieren. Er hat diejerhalb Demle zu einem Watsch über eine Stunde in Friedenau herausgefordert, das Demle jedenfalls annehmen wird.

Vermischtes.

In **Breslau** hat sich gestern der Stadtkämmerer Beller erschossen. Nervöse Ueberreizung wird als Ursache des Selbstmordes genannt.

Die **verstorbene Schriftstellerin Friederike Kempner** hatte der Stadt Breslau 30 000 M. zur Errichtung eines Leidenkhaufes hinterlassen, in dem die Verstorbenen zur Verhütung der Gefahr des Lebendigbegrabenwerdens sieben Tage aufgebahrt bleiben sollten. Auf Antrag des Magistrats wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, von der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme des Vermächtnisses abgelehnt.

Automobilkurs. In der Nähe von Befancon stieß ein Automobil mit einem auf der Straße stehenden Wagen zusammen. Die Insassen des Automobils, zwei Bürgermeister, wurden herausgeschleudert, und einer sofort getötet. Der andre wurde ebenfalls verletzt.

Paletots u. Mäntel.



Loden-Havelocks Bequeme, praktische Tragart auf Rollen und gegen Wetter 6 M.
21., 18., 15., 12., 10.

Sommer-Paletots Vielseitigste Auswahl in Stoffen und Fassons 8 M.
45., 39., 30., 30., 27., 24., 21., 18., 15., 12.

Regen-Mäntel Absolut wasserdichte Stoffe in neuesten Dessins 15 M.
36., 30., 24., 21., 18.

Hochschicke Stoff-Neuheiten für unsere vornehme, wohlfeile

Mass-Anfertigung



Witzableiter

Grüne Sommer-Joppen für Herren 85 Pf.
Graue Sommer-Joppen für Herren 1 M.
Schwarze Lüster-Jackette für Herren 2 M.
Gestreifte Lüster-Jackette für Herren 3 M.
Gefütterte Kaschmir-Jackette für Herren 6 M.

Moderne Anzüge.



Moderne Anzüge Unübertroffene Auswahl allerneuester Stoffe und Fassons, 50, 45, 35, 30, 27, 24, 21, 18 15 M.

Moderne Anzüge Sonder-Angebot. Reinwollener, feingestricelter u. schön gemusterter Melton 30 M.

Gehrock-Anzüge Satins und Kammgarne, 65., 50., 40., 35.- 27 M.

Stoff-Hosen Besonders preiswerte Angebote 3 M.
15., 12., 10., 8., 6.50, 5.50, 4.50

Litewken u. Loden-Joppen 11., 7.50, 2.25
4.50, 3.50, 2 M.

Sommer-Pique-Westen Unzählige Muster in Reizenauswahl 1 M.
6.50, 5., 4.50, 4., 3.50, 3., 2.25

Radfahrer-Kleidung



Radler-Anzüge 30, 27, 24, 18, 15, 12 6 M.

Radler-Hosen 9., 7., 3 M.
6., 5.

Pelerinen wasserd., 15., 13.50, 12., 10., 7.50, 6.50 5 M.

Mützen, Strümpfe, Sweater sehr billig.

Schul- und Ferien-Anzüge



Solide, praktische Waschstoffe in bequemen, kleidsamen Fassons

6., 5.50, 5., 4.50, 4., 1.80
3.50, 3., 2.50, 2., 1 M.

3000 Knaben-Anzüge Grossartigste Auswahl. Teilweise ganz bedeutend herabgesetzt.



14., 12., 10., 8., 7., 6., 4., 3., 2 M.

BAER SOHN

SPECIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES

Chausseestrasse 24a-25
Zwischen Invalidenstrasse und Schiller-Theater N.

11 Brückenstrasse 11
Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungastr.)

Gr. Frankfurterstr. 20
Ecke Koppenstrasse — Am Bürger-Hospital

Grösste Auswahl. — Feste, billigste Preise. — Bar-Verkauf.

Die 23. Preisliste 1904 ist erschienen und wird auf Wunsch kostenlos und portofrei zugesandt.

Altmodische Goldschmuckfächer.

Hals Sie alte, auf die Seite gelegte Schmuckfächer im Hause haben, welche niemand mehr trägt, weil sie altmodisch im Muster sind, giebt es keinen Grund, warum Sie dieselben nicht gegen neue umtauschen oder in moderne Designs umarbeiten lassen sollten.

Wir sind Juweliere und Fabrikanten und machen den Umtausch oder überführen die Umarbeitung und kreditieren Ihnen den vollen Gewichts-Wert des alten Goldes, oder auch wenn vorgezogen, nehmen wir dieses für Bar zum Marktwert in Zahlung.

- Belmonte & Co. liefern Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren und liefern solche direkt billig und gut.
- Belmonte & Co. liefern Brillant-Ringe (nicht Diamant), 14 Kar. Gold, solid gefasst, schon von **6**
- Belmonte & Co. liefern silberne Remontoir-Uhren unter 3jähriger Garantie schon von **8**
- Belmonte & Co. liefern goldene Remontoir-Uhren unter 3jähr. schriftlicher Garantie schon von **14**
- Belmonte & Co. liefern lange gold. Damen-Uhrketten, 333/1000 gefest. gestempelt, schon von **13**
- Belmonte & Co. liefern goldene Broschen, in Stein verziert, 333/1000 gefest. gestemp., schon von **4**
- Belmonte & Co. liefern silb. Schirmgriffe, 800/1000, gefest. gestemp., schon von **1**
- Belmonte & Co. liefern Spazier-Stöcke mit edel. Stb. Griff, 800/1000 gefest. gest., schon von **2**
- Belmonte & Co. liefern silb. Kettchen-Arm-bänder, 800/1000 gefest. gestemp., schon von **1.75**
- Belmonte & Co. haben am Blase d. techn. vollk. mech. Einricht. u. Her-festg. v. Trauring, 2 Duf. schiden ihren Praxiskatalog mit diesen tausend Illustrationen für ausserhalb Berlins franco.

Goldwaren-Industrie Belmonte & Co.
Fabrikation mit elektrischem Kraftbetrieb. Engros-Export nach allen Ländern. Gold- und Silber-Walz- und Prägewerk.

Königstr. 46 Ecke Hoher Steinweg, schrägüber dem Rathhaus, Einzelverkauf Eingang A. u. B.

Es wird eine geehrte Kundenschaft gebeten, genau auf die Hausnummer 46 zu achten, da in letzter Zeit in der Königstrasse mehrere Geschäfte ihre Ausstattungen derjenigen der Firma Belmonte & Co. anzupassen suchten, wodurch leicht Verwechslungen vorzukommen könnten.

Höchste Anerkennungen für vorzügliche Leistungen.

Täglich: Maitrank!

aus frischen Kräutern bester Zubereitung
a Fl. 60 Pf., 10 Fl. 5.50, 25 Fl. 12.50
empfiehlt und versendet in nur bester Qualität und ebenso alle Sorten Obstweine, Apfelweine zur Kur, Fruchtsäfte etc.

Obstweinkellerei und Likörfabrik
Georg Andree
Berlin C., Prenzlauerstr. 1/2
am Prenzlauer Thor.

Man verlange Preisliste.

Ueber Land und Meer

herrscht frei das Auge, wenn es durch ein gutes Fernglas unterstützt wird. Jedermann, der sich ein solches anschaffen will, sollte nicht versäumen, die grosse Auswahl von Perspektiven für Reise u. Theater in dem Institut für Präzisions-Optik

von **Carl Buttendorff**
Berlin N., Weinbergsweg 15b,
6. Laden vom Rosenthaler Thor

zu besichtigen. Das lange Bestehen dieses Geschäftes bürgt für die Güte seiner Fabrikate.
Bitte genau auf Firma und Haus-No. 15b zu achten.

- Triumph:** Reiseglas, mittelgross, mit Etui u. Doppelriemen M. 8.—
- Herkules:** Reiseglas, gross, mit Leder-Etui, Riemen u. Fangschnur M. 10.—
- Mercur:** Reiseglas, gross, mit acht Gläsern, Kompass, Leder-Etui, 2 Riemen, elegant, II. vernickelt, extra scharf, M. 12.—
- Meine Serien **Monopol** und **Rapid** zeichnen sich durch grosse Lichtstärke und Reinheit der Gläser aus.
- Monopol:** Theaterglas, klein M. 12.—, mittel M. 14.—, gross M. 16.—
- Rapid, extra scharf:** No. 1, für Theater und Reise M. 18.—
No. 2, Spezialglas für grosse Entfernungen M. 22.—
No. 3, dasselbe grösser M. 28.—

W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Grösstes Special-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen.

Strohhüte
für Herren . . . von 75 Pf. an
Knaben . . . 35
Ein grösserer Posten zurückgesetzter Strohhüte sehr billig. 51912

M. Radtke, Krautstrasse 50.

GOTTLIEB WEISS

Hauptstr. 151 • **Schöneberg** • Hauptstr. 151
Grösstes Special-Geschäft des Westens.

Seltene Gelegenheitskäufe!

- Anzug solider Cheviot-stoff, neue car. u. gestr. Dess. mit Ef., nur **14**
- Anzug hochaparte Kammgr.- u. Cheviotstoffe Ersta für Mass, nur **23**

Anzüge

Hochmoderne Stoffneheiten, erstklassige Verarbeitung, Mk. 45, 40, 37, 25, 19, **14.-**

Paletots

Moderne Glockenform, rein-woll. Cheviot- u. Kgrnstoffe Mk. 36, 29, 20, **16.-**

Gehrock-Anzüge

Vornehmer Schnitt, beste Stoffe Mk. 55, 50, 45, 36, **28.-**

Billigste Bezugsquelle nur für Händler. Grosse Auswahl in allen Preislagen.

Bell & Co.

Cigarren-Fabrik-Lager

Fernsprecher III. 3716. Rosenstrasse 18, I. Fernsprecher III. 3716.

Neueste Façons.

Beste Verarbeitung.

Kaufhaus Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2
Nabe Stadtbahnhof Börse und Hackeschem Markt

Herren- und Knaben-Bekleidung

vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.



Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder in Riesen-Auswahl.

Bekannt Gut und Billig.

Telephon Amt III No. 46.

Haltbare Stoffe.

Gute Zuthaten.

BRENNABOR-RÄDER

Besonderes Vergnügen und wirkliche Erholung gewährt das Radfahren bei Benutzung des leichtlaufenden und mit allen Neuerungen ausgestatteten Brennabor-Rades.

Überall vertreten. Kataloge postfrei.

Filliale: Berlin W., Kronen-Strasse 11.

Enorm billig

gelangen zum Verkauf täglich bis 9 Uhr abends, 2. Feiertag 8-10 u. 12 bis 2 Uhr die letzten Saison zurückgesetzten vornehmen Herren-

Anzüge Paletots

aus feinsten Maßstoffen 18-38 M., Geschod-Anzüge jetzt 23-42 M., Herren-Beinfelder 7-12 M., Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Treppe, Hausnummer beachten!



Diese Façon 1.80 M., Feinere Qualitäten 3.50 M., Haarbüts von 5.50 M. an

Strohhüte 35 Pf. an.

Schirme Regenschirme, Sonnenchirme größte Auswahl von 1.50 M. an

Krawatten Wästron v. 90 Pf. an Schleifen v. 15 Pf. an

Wäsche Oberhemden, Kragen, Manschetten, Servietten in bester Qualität

Handschuhe farbige Gamaschen 1.50 M. !!

Gottmann, Gr. Frankfurterstr. 130.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Ctr. an
In Has, Solon-Brille 7" p. Ctr. 85 Pf.
In Henckels Werke, do. 6u.7" . 80
In Senftenburger, do. 6u.7" . 70
Anna, Adler, Marie . 70
Industrie-Brille, Halbsteine . 65
Bruch-Brille . 60
frei Keller pr. Ctr. 10 Pf. mehr
Eisenblech, Gascoaks, Anthracit, Holz zu billigsten Sommerpreisen.
60 Handwagen verleihe zu Kohlen.

en gros **Wurst** en detail
Grosser Umsatz! Billige Preise!
Rotwurst u. Zwiebelwurst 0.50 M.
Mettwurst u. Polnische 0.55
Hausmacher-Leberwurst 0.90
Hausmacher-Fleischwurst 0.85
Braunschweiger Mettwurst 0.80
Thüringer Kalbsleberwurst 0.90
Kaiser-Jagdwurst 0.90
Weiße Salami u. Schlackw. 0.95
Pa. Holsteiner Schlackw. 1.25
" Salami 1.25
" Schinken 1.10
Prima fetter Landspeck 0.60
" magerer Landspeck 0.55
" Landschinken 0.95
" Röllschinken o. Knoch. 1.10
Bei Abnahme v. 5 Pfd. Preisermäß.

A. Meyer,
Berlin N., Weinbergsweg 11.

Fördern Sie Rheinwein
Juchsprung
75-100-150
abwall reuflch
voll-reinlich

Vertreter: A. Sommer, Bergstr. 34.

Brauerei Germania
Aktien-Gesellschaft
Frankfurter Allee 53.

Flaschenbiere M. 1.50 frei Haus.
Fernsprecher VII. 2045.

Tafelbier (goldg.) 18 ca. 1/2 Ltrf.
do. 15 ca. 1/3 " "
Versand (dunkel) 15 ca. 1/3 " "
Pilsener (hellgoldg.) 15 ca. 1/3 " "
Kl. dopp. Weissb. 20 Pf.
Kl. 00 . 15
Malzbier, pasteurisiert, alkoholfrei, nahrhaft, 18 ca. 1/3 Ltrf.

Gerichts-Zeitung.

Der Lodenraub. Die schauerlich romantische Geschichte, welche im Februar d. J. Aussen erregte, fand gestern vor der 129. Abtheilung des Schöffengerichts ihren gerichtlichen Abschluss.

in die Leichenhalle eingebrochen sei. Sommerfeld gab sofort zu, daß er dies habe thun wollen, er sei aber nicht dazu gekommen, sondern habe sich vorher wieder entfernt.

Der Staatsanwalt meinte doch, daß der Angeklagte mindestens wegen gemeinsamen Hausfriedensbruchs verurteilt werden müsse; hatte der Gerichtshof die Sache aber noch nicht für völlig aufgeklärt, so beantragte er Vertagung.

er sie aus dem Grabe herausholen müßte, und daß er ihr noch eine Haarlocke abschneiden müsse. Ein Mann, der sich in dieser Gemüthsverfassung in ein so unheimliches Abenteuer hineinbegeben, sei in jenen Stunden zweifellos nicht Herr seiner Sinne gewesen.

Im Vornernbank-Prozess sind die Erörterungen über den Wert der 80 bebauten Grundstücke vorläufig zu Ende geführt worden. Die Abweichungen in den Taxen der einzelnen Sachverständigen waren und blieben außerordentlich groß.

Eingegangene Druckschriften.

- Socialer Fortschritt. Hefte und Flugblätter für Volkswirtschaft und Socialpolitik. Eingeleitet von Professor Dr. W. Sombart, Breslau. Heft 3: Unser armer Bundschuh und wie sie unterhalten werden.

Todes-Anzeige. Allen Kollegen und Verwandten die traurige Nachricht, daß am Donnerstag Nachmittag 2 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, der Vater 14179

Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am Freitag, den 20. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Bierverleger

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. (Sektion der Putzer.) Aufren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Vater zur Nachricht, daß am 19. Mai unser Mitglied

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Verlust meines innig geliebten Vannes sage ich hierdurch allen Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten sowie den Sängern für die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte meinen innigsten Dank.

Am 19. Mai verstarb mein lieber Mann, der Buchbinder Hugo Mahn. Dies geht tiefbetriibt mit der Bitte um lüdes Beileid an

Für die vielen Krankspenden und Teilnahme am Grabe meines lieben Vannes, unres guten Vaters, des Putzers Wilh. Köhler, sagen mich hiermit unsern besten Dank.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Haut- und Harnleiden. 113* 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-1.

Hohlweins Kegler Schösschen Treptow, Köpenicker Landstr. 27. 1. und 2. Pfingstfeiertag: Großes Früh- und Nachmittags-Konzert.

Oscar Arnold Grösstes Special-Geschäft Engros für Filzhüte, Strohhüte u. Mützen Export nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Jos. Gremmer's Wwe. Landshut, Bayern. Erste und Älteste Brasiltabakfabrik Brasilschnupftabak per Pfd. Mk. 1.70, Mk. 1.50 und Mk. 1.30.

Bei freiem Entree! 1. u. 2. Feiertag früh 6 Uhr: Frühshoppen-Konzert im herrlichen Naturgarten zum Ritz Dorfstr. 83 Wilhelm Borngräber.

Kufekes Beste Nahrung für gesunde und mangelkranke Kinder. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe, Verstopfung etc. Die Kinder gedeihen vorzüglich und leiden nicht an Verdauungsstörung.

Seiden-Hut-Fabrik von CARL RENZ I. Geschäft: Berlin 80, Oranienstr. 3. II. Geschäft: Charlottenburg, Kantstr. 134a.

Prima Trockenplatten 9x12: Dtzl. 1.- 13x18 Dtzl. 1.95 Bestes Cellulose-Papier sowie Celloidin-Postkarten äusserst preiswert.

M. Schulmeister Schneidemeister Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 139 Ecke Adalbertstrasse. (Schöneberg). Jackett-Anzüge von 17,50 M. an Frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 M. an Rock-Anzüge von 22 Frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 Gehrock-Anzüge von 25 Hosen nach Mass von 10 Paletots von 18 Sportkleidung, Gummimäntel, Knaben-Anzüge in grösster Auswahl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 21. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Götterdämmerung.
Neues Opern-Theater. Die Fledermaus.
Deutsches. Rose Bernd.
Berliner. Der jüngste Lieutenant.
Verfäng. Ein pietätloser Mensch. Das Felt des St. Matern. Die Lore.
Weißen. Don Juan.
Central. Madame Bombard.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann.
Neues. Einen Jux will er sich machen.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Kollege Crampton.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Pension Schölller.
Kleines. Feuilleton Julie.
Residenz. Die 300 Tage.
Trianon. Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weik. Die Löwenbraut.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Wolke. Liebesgötter. Specialitäten.
Gebr. Herrnsfeld. Gastspiel der Tegernseer. Durch's Ständesamt.
Reichshallen. Stettiner Säng. Voffage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Am Sonntag 8 Uhr: Dr. B. Donath: „Radium“.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr, halbe Preise:
Madame Bonivard.
Schwank in 4 Akten von Biffon.
Vorher: Er.
Pariser Einakter von Doktor Kettefe.
Sonntag und Montagmorgen 3 Uhr, bei ganz kleinen Preisen: Minna von Barnhelm. Abends 8 Uhr, halbe Preise: Madame Bonivard. Vorher: Er.

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gebault und Robert Charpey.
Deutsch von Alfred Halm.

Belle-Alliance-Theater.
(Jean Kren und Alfred Schönfeld.)
Im Theater 7 1/2 Uhr:
Kam'rad Lehmann.
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Am Sonntag illuminierten Sommergarten: **Grosses Konzert** des Marine-Jugend-Kapello.
An den Pflingstfeiertagen von 6 Uhr an: **Grosses Frühkonzert.** Mittags 12 Uhr: **Matinee** der italienischen Kapelle „Arca“ (5 Damen und 5 Herren in Original-Nationaltracht).

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Fräulein Julie.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Fräulein Julie.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich im herrlichen Naturgarten:
Neu! **Caspari Leopard.**
Kufftoren v. Carl Stephan, die seltsame Kanon. Hermann Hempel.
Geistw. Lederer, E. u. E. Bernhardt, Rose Brandt.
Dr. Fausts Geistererscheinungen.
Löwenmut, Hölse mit Gesang in 1 Akt.
Anf. Hochent. 8 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
College Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pension Schölller.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pension Schölller.
Poffe in 3 Akten von Carl Laufs.
Nach einer Idee von W. Jacoby.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Pauline.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regelsbühnen, Würfelbuden, Rondellort, Blumenstand etc. in den Sälen! **Grosser Ball.**
Am 1. und 2. Pflingstfeiertag, früh 5 Uhr: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. B. Donath: „Radium“.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die zusammengewachsenen **Schwestern.**
Der Weltfriede.
Kassandra. das delphische Orakel?

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonnabend, nachm. 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr nachm. 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Am 1. u. 2. Pflingstfeiertag ab 6 Uhr morgens: **Großes Militär-Früh-Konzert**
ausgef. von 3 Kapellen. XX
Eintritt 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren 5. Hälfte.
NB. Die Wagen der Straßenbahn verkehren bereits ab 5 Uhr früh auf allen zum Garten führenden Linien, desgl. ab 5 Uhr Jüge der Stadtbahn und der Hoch- und Untergroundbahn.
In der Arena, am Uferamte: **Kaubtier** & **Schule.**
3 Löwen, 1 Tiger, 3 Panther, 3 Bären, 2 Hyänen, 1 Schweinehund.
Vorstellungen: tägl. 1/6 u. 7 Uhr nachm., während der Feiertage 12, 4, 1/6 u. 7 Uhr. Eintritt 30 Pf., Sitzplatz extra 30 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Die Löwenbraut.
Poffe in 3 Akten v. Schäpler-Berastini.
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachmittags 5 Uhr Parlett
60 Pf. Liane, die zweite Frau.
Abends 8 Uhr: Die Löwenbraut.
Im Garten: Eröffnung d. Sommer-Saison. Anfang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Leffentliche Generalprobe.
Anfang 6 Uhr. Entree frei.
Bei ungenügender Witterung findet die Generalprobe im Saale statt.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Sonntag, 22. Mai (1. Pflingstfeiertag) morgens 5 Uhr:
Grosses Frühkonzert
verbunden mit Theater-Vorstellung.
Kufftoren sämtlicher engagierter Specialitäten. — Die Kaffeetische ist geöffnet. Entree 30 Pf.
Nachmittags 4 Uhr:
Grosse Eröffnungs-Vorstellung.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**

Passage-Panoptikum.
Vom 21.-25. Mai incl. **Volkstage.**
Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind einzuführen. Jedes Kind erh. ein Pflingstgeschenk.
Der phänomenale Riesenknabe:
Der lange Joseph,
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Eintritt 50 Pf. für die gesamt. Räume des Panoptikums ohne Extra-Entree.

WINTER GARTEN
Tortajada Spanische Sängerin und Tänzerin.
De Vry's Phantasmagorien. Operettensängerin.
Gebrüder Schwarz Parodisten.
Kiera Moulis Equilibrist. Scene.
De Nohry Pariser Sängerin.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissem.
Die Wotpers Akrobaten.
Robinson Baker-Trio Springer.
Paul Conchas Der Armees-Herkules.
Biograph.
Pas de deux Sgra. Cavini u. Sgr. Cerutti.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel der Tegernseer.
Die tolle Bauernpoffe:
Durch's Ständesamt
oder: Die schöne Wittibäuerin von Tegernsee.
4 Bilder mit Gesang und Tanz von Carl-Milfus. — Fittler-Gesänge und Schupplattler-Tänze.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
An allen drei Pflingstfeiertagen:
Vollständige Eröffnung der Sommer-Spielzeit. — Grosses Extra-Konzert. Gala-Vorstellung des gesungenen engagierten erilligsten Schauspiel- und Künstler-Peronales.
Am 2. und 3. Feiertag: **Grosser Festball.**
Am 1. u. 2. Feiertag 6 Uhr morgens: Früh-Konzert und Vorstellung.

Königstadt-Kasino
Holzmarkt-Strasse 72.
Eröffnung der Sommer-Saison.
An allen drei Feiertagen:
Grosses Extra-Festvorstellungen.
Auftreten des gesamten Specialitäten- und Schauspiel-Peronales.
Sensationell:
Dr. Fausts Zeitvertreib. Geister- und Gespenster-Erscheinungen aus dem Reiche des Unerklärlichen.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Am 1. u. 2. Pflingstfeiertage:
Früh-Konzerte mit Specialitäten-Vorstellung.
An den Nachmittagen von 4 Uhr ab:
Extra-Vorstellungen
der neuen Specialitäten.
Täglich: **Theatervorstellung** und **Ball.**

Sanssouci.
Katholischer Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
1. u. 2. Feiertag 5 Uhr Konzert, 7 Uhr Vorstellung.
3. Feiertag 7 1/2 Uhr.
2. u. 3. Feiertag nach der Vorstellung **Tanz.**

Reichshallen
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Hochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Bros Gesellschafthaus
am Damerissee.
Inhaber: **H. Degebrodt**
vom Strandichlos am Müggelsee.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommererzähligen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Zwei große Säle, Hallen, gemütliche Nebenräume, Veranlagungen aller Art. Constante Preise.
H. Degebrodt.

cc. Rindleder
aus einem Stück mit **Zahltaische**
von **95 Pf.** an.
Album- und Lederwaren-Fabrik **Oskar Gundau.**
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.



TERRASSEN
AM HALENSEE
KURFÜRSTENDAMM 124.
Jak. Bernhard Hoffmann
Täglich Grosses Concert des Berliner Tonkünstler Orchesters
Eröffnung: Pflingstsonntag. Früh-Konzert 6 Uhr.

Westend-Charlottenburg.
„Zur Hoßtrappe“, Spandauer Berg.
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
Haltestelle der Straßenbahn. 53942
Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.
Kaffeetische ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein **Karl Klambunde.**

Achtung! Spandau. Achtung!
Allen Vereinen und Ausflüglern, die Spandau berühren, bringe mein Lokal in empfehlende Erinnerung. Für gute Speisen und Getränke zu mäßigen Preisen ist bestens gesorgt. Geräumiger Saal und Vereinszimmer stehen zur Verfügung.
Restaurant Vorwärts, Schönwalderstr. 80
Inhaber: **P. Kumke.**

Paul Hilperts Restaurant u. Garten
Halensee, Kurfürstendammm 126.
Erste Haltestation für Kremser, Bahnpartien usw. am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisentarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee trinken. Zahlreichem Besuch steht entgegen **Paul Hilpert. 51002***

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zebbinsee.
(Endstation der „Storn“-Dampfer).
Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferfahre, Regelsbühnen, große Kaffeetische. **Säle, Gassen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.**

Volksgarten Wilmersdorf Berlinerstr. 10. Neben Sonntag: **Grosser BALL.** Dazu ladet ein **C. Salomon.**

Segler-Schloss
Hankels Ablage
Empfehle meine **Säle** für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Gabriten. Ich habe im Juni und Juli noch mehrere Sonnabende und Sonntage frei.
W. Heinrich.
In der schönsten Ort für Landpartien und Ausflüge der Dampfer, Kremser und zu Fuß durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel **Bickelswerder, Wirtshaus zum Freund.** Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Wo?
Achtung! Hirschgarten. Achtung!
Restaurant Wilhelmshof.
Inhaber **Wilhelm Radtsch.**
Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach **Hirschgarten**, mein zwei Minuten vom Bahnhof an herrlichen Wald und Wasser, mit Dampferfahre gelegenes Stadtlissemnt zur gefälligen Benutzung. **Am ersten Pflingstfeiertag: Frühkonzert.** Anfang 8 Uhr. Entree frei. 50508*

S. Piket,
Herren- und Knaben-Garderoben,
jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.
Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von **Prinzenstr. 77** in die **bedeutend vergrößerten Räume 44 Prinzenstr. 44,** gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe.
4960L*
Monats-Garderobe.

5146L*
Sofastoffe
Kisenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquettes, Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Gewinn-
Lose kgl. preussischer Lotterie zahlt sofort aus
J. Rosenberg,
Bank- u. Lotterio-Geschäft, Kommandantenstr. 51.

Westend-Charlottenburg.
„Zur Hoßtrappe“, Spandauer Berg.
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
Haltestelle der Straßenbahn. 53942
Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.
Kaffeetische ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein **Karl Klambunde.**

Achtung! Spandau. Achtung!
Allen Vereinen und Ausflüglern, die Spandau berühren, bringe mein Lokal in empfehlende Erinnerung. Für gute Speisen und Getränke zu mäßigen Preisen ist bestens gesorgt. Geräumiger Saal und Vereinszimmer stehen zur Verfügung.
Restaurant Vorwärts, Schönwalderstr. 80
Inhaber: **P. Kumke.**

Paul Hilperts Restaurant u. Garten
Halensee, Kurfürstendammm 126.
Erste Haltestation für Kremser, Bahnpartien usw. am Bahnhof Halensee. Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisentarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee trinken. Zahlreichem Besuch steht entgegen **Paul Hilpert. 51002***

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zebbinsee.
(Endstation der „Storn“-Dampfer).
Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferfahre, Regelsbühnen, große Kaffeetische. **Säle, Gassen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.**

Volksgarten Wilmersdorf Berlinerstr. 10. Neben Sonntag: **Grosser BALL.** Dazu ladet ein **C. Salomon.**

Segler-Schloss
Hankels Ablage
Empfehle meine **Säle** für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Gabriten. Ich habe im Juni und Juli noch mehrere Sonnabende und Sonntage frei.
W. Heinrich.
In der schönsten Ort für Landpartien und Ausflüge der Dampfer, Kremser und zu Fuß durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel **Bickelswerder, Wirtshaus zum Freund.** Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Wo?
Achtung! Hirschgarten. Achtung!
Restaurant Wilhelmshof.
Inhaber **Wilhelm Radtsch.**
Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach **Hirschgarten**, mein zwei Minuten vom Bahnhof an herrlichen Wald und Wasser, mit Dampferfahre gelegenes Stadtlissemnt zur gefälligen Benutzung. **Am ersten Pflingstfeiertag: Frühkonzert.** Anfang 8 Uhr. Entree frei. 50508*

Socialdemokr. Central-Wahlverein Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Wir geben den Wahlvereinen und Kreisgenossen hiermit bekannt, daß das diesjährige **Kreisfest am Sonntag, den 3. Juli** in **Steglitz-Groß-Lichterfelde, Etablissement Birkenwäldchen** (Inhaber Oskar Schade), stattfindet. Wir ersuchen die Genossen, sich danach zu richten und jetzt schon eine eifrige Agitation für den Besuch des Festes zu entfalten. Alles Nähere durch spätere Inserate.
Im Auftrage des Central-Vorstandes: **Das Fest-Komitee.**

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger, Arbeiter und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Erreichung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kauft nur Brot und andre Backwaren aus den Bäckereien, in welchen unsere bescheidenen Forderungen erfüllt werden.

Nur dort sind die Forderungen bewilligt, wo die mit dem Stempel des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, und der Unterschrift:

Karl Hekschold, Rosenthalerstraße 11-12
versehenen Plakate aushängen.

Wir bitten das geehrte Publikum, streng auf obiges zu achten, da von vielen Bäckermeistern versucht wird, durch Aushängen von nachgeahmten und gefälschten Plakaten die Bevölkerung zu täuschen und irreführen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl des Brot konsumierenden Publikums, diese Versuche der Täuschung, die von den Bäckermeistern unternommen werden, zu nichte zu machen.

Wir hoffen, dass uns die Bevölkerung auch ferner wie bisher in unserm berechtigten Kampfe unterstützen wird!

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen. Wir haben daher diesen Leuten unsere Plakate entzogen.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

- | Berlin. | Charlottenburg. | Friedrichsberg. |
|---|---|--|
| G. Weber, Breslauerstr. 11. | Peter Eichhorn, Berlinerstr. 50. | Germann Haubold, Stuttgarter-Platz 21. |
| Böhme, Schleiermacherstr. 11. | Hermann Witte, Joachimsthaler-Str. 39/40. | E. Eichhorn, Schillerstr. 114. |
| Jaenide, Ritterstr. 40 und Breite-Str. 20. | R. Birkholz. | J. Witt, Potsdamerstr. 43. |
| Karl Dyalke, Frankfurter Allee 80. | Robert Kirchner, Goethestr. 41. | E. Krause, Schillerstr. 17. |
| H. Geier, Hollmannstr. 7. | Otto Grundmann, Rosenthalerstr. 10. | E. Kasse, Wilmersdorferstr. 158. |
| G. Gold, Wilhelmstr. 39. | Sebald Bänisch, Kaiser Friedrich-Str. 59. | J. Josat, Rosenthalerstr. 12c. |
| August Hoffmann, Petersburger-Str. 38. | Johann Spitzbart, Pestalozzi-Str. 76. | C. Neimann, Schloßstr. 35. |
| W. Zent, Schwedterstr. 21. | Paul Lehmann, Pestalozzi-Str. 69. | E. Wankel, Potsdamerstr. 14. |
| Karl Wagner, Schenkendorferstr. 4. | H. Schmidt, Anobelsdorferstr. 8. | V. Dähne, Sophie Charlotten-Str. 15a. |
| Zedlitzsch, Blumenstr. 64. | Wolff Daniel, Schloßstr. 20. | W. Spich, Wilmersdorferstr. 60a. |
| Böhme, Stromstr. 32. | Hermann Otto, Spielhagenstr. 14. | W. Guffe, Wilmersdorferstr. 117. |
| E. Thebe, Auguststr. 22. | Max Barisch, Holzendorferstr. 18. | E. Gasse, Florastr. 10. |
| Hr. Goeft, Brüderstr. 38. | Otto Lehmann, Dandeleimannstr. 46. | E. Uhlmann, Kaiser Friedrichstr. 2. |
| J. Schön, Nützenstr. 51. | H. Walther, Pestalozzi-Str. 12. | E. Klose, Schillerstr. 12. |
| C. Gaeimann, Holtenheide 49. | W. Kühne, Weinmarchstr. 14. | C. Bloch, Wilmersdorferstr. 183. |
| E. Breitkopf, Köderstr. 111. | W. Zorries, Schloßstr. 15. | C. Weisler, Wilmersdorferstr. 168. |
| Kuhn, Chamisso-Platz 8. | Preis Moderer, Dandeleimannstr. 12. | W. Rudow, Sophie Charlotten-Str. 89. |
| Hübner, Katalienstr. 8. | Albert Heinrich, Bismarckstr. 43. | E. Wolff, Friedrich Karlstr. 12. |
| Heinrich Schmelzer, Wilhelm-Platzenerstr. 39. | Wilhelm Schloffer, Sophie Char-
lottenstr. 89. | G. Randys, Ballstr. 21. |
| | Wilhelm Dremus, Drangenstr. 4. | J. Donner, Schillerstr. 33. |
| | H. End, Spandauerstr. 20. | Job. Diebte, Pestalozzi-Str. 82. |
| | Joseph Schierse, Kaiser Friedrich-
Str. 47. | Paul Bieh, Anobelsdorferstr. 42. |
| | W. Mad, Potsdamerstr. 10a. | W. Porath, Sprestr. 46. |
| | | Friedrichsberg. |
| | | Bruno Kreifschmer. |

Obige Zurückziehungen aus Charlottenburg sind fast sämtlich von einer Hand geschrieben und nach einem Schema abgefaßt. Diese Tatsache sowie die Erklärungen von einer ganzen Reihe Bäckermeister lassen darauf schließen, daß diese Zurückziehungserklärungen auf starke Beeinflussungen zurückzuführen sind. Viele haben die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie diese erzwungenen Zurückziehungen für ungültig erklären.

Arbeiter! Hausfrauen!

Kauft nur dort, wo die Plakate mit unserm Stempel aushängen!

Die Streikleitung.

Achtung! Konditorenstreik!

Bürger! Arbeiter! Hausfrauen!

Wie Ihr die Bäckerei-Arbeiter thatkräftig unterstützt habt, so unterstützt nunmehr auch die streikenden Konditoren, welche denselben schweren Kampf um Befreiung des Kaffee- und Logiswesens führen. Kauft Konditorwaren nur dort, wo unsere bescheidenen Forderungen bewilligt sind. Gelegte Betriebe haben ein weißes Plakat mit Organisationsstempel auszuhängen.

Bewilligt mit Unterschrift haben:

- | Norden. | Westen. | Osten. | Süden. |
|--|--|---|--|
| Josel Schwarz, Reimendorfer (West),
Kögelstraße 15. | Richard Richter, Zimmerstr. 84. | Julius Sommerfeld, Königsberger-
Str. 35. | Cito Hartmann, Hasenheide 40. |
| Bruno Pöhl, Neu-Weihensee,
Breslauer Chaussee 20. | August Sternsdorf, Hüttenstr. 41. | A. Böhme, Kottbuscherdamm 20. | Hermann Dallinger, Barthelemerstr. 68. |
| Raujock, Reimendorfer (West),
Scharnweberstr. 135. | J. Michalski, Hubertusstr. 3. | Otto Hein, Strahmannstr. 24. | Hanske, Richard, Richardstr. 104. |
| J. Kern, Pantow, Schmidtstr. 7. | Franz Fröhlich, Alvenslebenstr. 17. | Lebrecht Engel, Dausburgstr. 12. | H. Köppen, Chamisso-Platz 1. |
| J. Freudenreich, Voltastr. 35. | H. Pödehl, Röhrenstr. 75. | Hugo Weber, Reichendorferstr. 168. | E. Köpper, Rosenthalerstr. 11. |
| Otto Brandt, Vorflutstr. 2. | H. Witte, Charlottenburg, Joachim-
sthalerstraße 39/40. | E. Knoke, Remelerstr. 7. | Hans Hilmer, Richard, Gerthstr. 3. |
| H. Sorge, Brunnenstr. 41. | Karl Kahle, Löwenstr. 1. | Heinrich Hoff, Göttingerstr. 86. | Hermann Neuback, Urbanstr. 1. |
| Friedrich Meyer, Müllerstr. 37. | Carl Schäfer, Hüttenstr. 32/33. | Albert Wanthey, Faldensteinstr. 37. | Berterjohn, Tegele. |
| Franz Viehich, Reimendorferstr. 69. | Bartel, Alt-Roadit, Ragomstr. 10. | Robart Sparverein „Süd-Ost“,
Kottbuscher Ufer 44a. | Max Schöndler, Dresdenerstr. 54. |
| H. Kuhl, Schlemmerstr. 11. | Matthes, Wilhelmshafenstr. 17. | Johann Fischer, Göttingerstr. 55. | |
| Paul Gärtner, Lüberigstr. 60. | | | |

Einige weitere Betriebe haben Kaffee und Logis abgefasst, vertweigern aber die Unterschrift.

Wo unsere Plakate fehlen, weise man die Bäckermeister darauf hin!

Die Streikleitung.

Bureau: Brunnenstr. 188, Wilkes Festsäle. T.-A. III 5661.
Sprechzeit: 8-12 und 4-8 Uhr.

Tabberts Waldschlösschen.
Suh.: Carl Karteusch.
Grüssler und schattigster Garten an der Oberspre.

Einige Sonnabende ist das Lokal noch frei, sehr gut geeignet zu Ausflügen und Rundfahrten.

Ulmer Geld-Lotterie
Ziehung 28. bis 31. Mai.
7770 Gew. — 350 000 M.
Originallose a 3 Mark.
J. Rosenberg,
Bank- u. Lotteriegesch.
Kommandantenstr. 51.
Porto u. Liste 30 Pf. extra.

DAS BESTE
"APENTA"
OFFENER BITTERWASSER

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Maß, tabell. Kauf, Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

AUSVERKAUF.
Begen horrender Preissteigerung — jährlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in
hüten, Schirmen, Mützen, Krawatten
ufo. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen.
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ede Stallherstraße.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik
Mühlhausen i. Thür.



Abt. I. Strickmaschinen.
Dauerhafte Konstruktion.
Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vorretor: Albert Homburger
Berlin, Spandauer Brücke 2.

Preiswerte
Photographische Apparate
und Bedarfsartikel.

5216*
Neueste illustr. Preisliste gratis und franko.

Bernhard Moeck, — Berlin C. 54. —
Alte Schönhauserstr. 42.

Preise nie wiederkehrend!
Nach beendetem Umzuge sind die Preise auf:
Teppiche, Gardinen, Portieren etc.
bis zu **33 1/3 %** herabgesetzt.
Jede Hausfrau benütze diese günstige Gelegenheit!
Teppichhaus
B. Adler & Co.
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Aus der Frauenbewegung.

Massendemonstration für das allgemeine Frauen-Wahlrecht.

Der 17. Mai, der Tag, an dem vor nunmehr 90 Jahren die Verfassung Norwegens begründet wurde, ist auch in diesem Jahre wiederum in gewohnter Weise gefeiert worden. Seitdem die Arbeiterbewegung erstarbt ist, begnügen sich die Arbeiter nicht mit der allgemeinen Festfreude über das 1814 gegründete freie Vaterland, sondern sie demonstrieren für Forderungen, deren Erfüllung dahin führen muß, daß auch für sie Norwegen zu einem Vaterland im wahren Sinne des Wortes wird. Diesmal waren die Demonstrationen weniger allgemeinen Arbeiterforderungen, als vielmehr der besonderen Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen gewidmet. Man hatte in Kristiania und in verschiedenen anderen Städten das Arrangement der Demonstrationen ganz den organisierten Frauen überlassen. In Kristiania zählte der „Zug der Frauen“, der sich von Ankerlöffen durch die Torogade, Karl Johan- und Universitätsstraße nach Tullinlöffen bewegte, 1500 bis 1600 Teilnehmerinnen mit 50 Fahnen, voran zwei große Demonstrationen mit der Aufschrift: „Allgemeines Wahlrecht auch für Frauen“. Vor dem Storchingsgebäude wurde Halt gemacht. Eine Deputation mit Frau Ström als Wortführerin wurde vom Storching empfangen und richtete folgende Worte an das Volk:

„Wir kommen als Abgesandte der vielen Frauen und Männer, die jetzt vor dem Storchingsgebäude stehen, um vor Norwegens Storching die Forderung der Frauen auf volle Ebenbürtigkeit mit dem Manne in den Wahlrechtsfragen zu erheben. Wir Frauen kommen heute nicht, um unser Recht, teilzunehmen an der Arbeit für das Gemeinwesen, zu beweisen, da das Storching dieses Recht bereits anerkannt hat dadurch, daß es uns teilweise das Kommunal-Wahlrecht einräumte; aber wir kommen, um mit Ehrerbietung zu beantragen, daß uns das unverkürzte Recht als Mitbürger des Gemeinwesens nicht länger vorenthalten werde. Wir beklagen den Beschluß, der am 20. April d. J. vom Odelsthing gefaßt wurde (die Aufrechterhaltung des Censur für das kommunale Frauen-Wahlrecht betreffend); aber es ist unsere Hoffnung, daß trotzdem Fortschritte hinsichtlich der Abschaffung der Ungerechtigkeit gegen unser Geschlecht gemacht werden, so daß unsres Landes Frauen in einer nahen Zukunft das allgemeine kommunale und staatsbürgerliche Wahlrecht unter denselben Bedingungen wie die Männer erhalten.“

Auf Tullinlöffen, dem Sammelplatz, hielten Frau Ström und Storchings-Abgeordneter J. Berge zündende Ansprachen. Am Abend hatten die Frauen ein Fest im Arbeiter-Samfund veranstaltet.

In der humanistischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Wertherschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Rudolf Benzlg einen Vortrag über: „Ein Geistes-Kämpfer“. Gedächtnisfeier für den am 7. Mai verstorbenen früheren langjährigen Sprecher der freireligiösen und der humanistischen Gemeinde zu Berlin, Herrn G. E. Schäfer. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Mai, vorm. 10 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Verlesung. Herr Dr. Bruno Wille: „Fest-Vortrag“. — Montag, den 23. Mai, 10 1/2 Uhr, ebendasselbst: „Fest-Vortrag“ des Fräulein Ida Wittmann: „Das ist aber das Gerücht, daß das Licht in die Welt gekommen ist.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Marktpreise von Berlin am 19. Mai 1904 nach Ermittlungen des sog. Polizeipräsidiums. Table with columns for commodity, price, and unit.

Witterungsübersicht vom 20. Mai 1904, morgens 8 Uhr. Table with columns for stations, wind direction, wind force, temperature, and weather.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. Mai 1904. Nachts noch kühl, am Tage etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion. R. P. 1. Lofko. 2. Petersburg und Moskau. — R. R. Wird auf irgend einen Teil einer Flüssigkeit in beliebiger Richtung ein Druck ausgeübt, so pflanzt sich derselbe nicht bloß in einer Richtung auf die Flüssigkeit und auf die Gefäßwand fort, sondern nach allen Richtungen gleichzeitig und mit derselben Größe. Wenn Sie nun von oben in ein zylindrisches Gefäß einen großen Kolben drücken, der auf eine Flüssigkeit und unten auf einen kleinen Kolben wirkt, so ist der Druck pro Quadratcentimeter des großen Kolbens gleich dem Druck pro Quadratcentimeter des kleinen. Angenommen der große Kolben habe 100 Quadratcentimeter Flächeninhalt und werde mit 1000 Kilogramm belastet, d. h. pro Quadratcentimeter mit 10 Kilogramm, der kleine Kolben habe 5 Quadratcentimeter Flächeninhalt, so wird er mit 50 Kilogramm Druck herausgedrückt, d. h. wieder pro Quadratcentimeter mit 10 Kilogramm. Umgekehrt kann man eine Druckvermehrung erzeugen, wenn man auf den kleinen Kolben drückt. Dies Prinzip wird bei der hydraulischen Presse angewendet. — G. B. Da die „Schwerkraft“, welche alle Körper nach dem Mittelpunkt der Erde anzuziehen strebt, auch die Teilchen des Wassers der Flüsse von der Höhe nach der Tiefe treibt, so muß der Spiegel jedes Flusses eine von der Quelle nach der Mündung abfallende schiefe Ebene bilden. Bei Vereinigung mehrerer Flüsse herrscht natürlich ebenfalls das Gesetz der Schwerkraft. — G. W. In dem Buche „Holz. Der Maschinenbauer“ finden Sie Anleitung zur Konstruktion und Berechnung von Zahnrädern. Soll ein Rad von 50 mm Durchmesser 60 Zähne erhalten, so rechnet man Durchmesser x 3,14 = 50 x 3,14 = 157 mm. 2 x Zahnzahl = 2 x 60 = 120. 157 : 120 = 1,31 mm wird jeder Zahn und jede zwischen zwei Zähnen ausgefräste Lücke. — W. A. 1. Planeten. 2. Trabanten oder Monde. 3. Die Sonne ein Stern. — B. 40. Rehr.

Juristischer Teil. Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäfts: 7 Uhr. Sparverein. Falls das Statut nicht eine entgegenstehende Vorschrift enthält: Ja. — J. W. 1. Utroa 1 bis 4 Monate. 2-4: Die Höhe der eventuellen Kaution hängt von den Eintragungen im Grundbuch ab. — G. P. 121. 1. Ja. 2. In den Vorhand der norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft in Berlin. — R. S. Leider ist die Witwe nicht unterfütungs-berechtigt. Sie kann aber ein Gesuch an das Kriegsministerium richten. — W. S. Moabit. Das Gericht kann der Frau die geforderte Summe zurpfehlen. Sie können gegen den Anspruch keinen Grunde und seiner Höhe nach Einwendungen erheben. Nach dem Gesetz hat der für unschuldig erklärte Teil Anspruch auf Alimentation, wenn und soweit er nicht im Stande ist, seinen handesmäßigen Unterhalt aus den Einkünften des eignen Vermögens oder aus dem Ertrage seiner Arbeit zu bestreiten. — G. S. Reim. — W. M. 31. Der Betrag ist steuerpflichtig. — J. R. 72. Reim, es muß mindestens dreijährige Heiratsdauer ohne Aussicht auf Heilung vorliegen. — G. G. 13. Bei Handlungsgeschäften ist ein Abzug des Krankengeldes vom Lohn unzulässig, bei Gewerbegeschäften zulässig. — Kleine Witte. 1. Sie sind zum Erwerb des Stempels auf Ihrem Verträge verpflichtet. 2. Rühnsberg 18, Gumbinnen 16. — G. Zandau 48. 1. Reim. 2. Sie können Strafzettel erlassen. Wegen der Strafbarkeit spricht möglicherweise der Umstand, daß die fremden Kinder in die Wohnung hineingelassen sind. — G. R. 20. Sie teilen dem Amtsgericht Ihres Wohnorts Ihre Absicht anzukündigen mit, und erklären dann innerhalb 4 bis 6 Wochen nach Eingang Ihrer Mitteilung (Einladung erhalten Sie in der Regel nicht) Ihren Austritt zu gerichtlichem Protokoll. — J. D. Ja. — W. D. Reim. — R. G. 15. 1. und 2. Ja. — Rudor 18. 1. Ein Recht auf Heilbehandlung steht dem Versicherten nicht zu, es kann ihm aber die Behandlung gewährt werden. Eine Frau, die nach ihrer Heirat die Hälfte der Beiträge hat erlassen läßt, verliert durch den Empfang der Raten alle Ansprüche der Versicherung gegenüber. 2. Allgemeine deutsche Gebarmen-Vereinigung, Verlag: Berlin, Staube. — A. F. Großen 100. Wann und unter welcher Chiffre haben Sie angefragt? In Bezug auf die einzelnen Fragen: 1. Ja. 2. Reim, Sie können vom Chef beantragen, daß Ihnen Gelegenheit zum Aufsuchen einer neuen Stelle gegeben wird und können eventuell auf Einräumung dieser Gelegenheit klagen. 3. 4. Reim. 5. Das erfahren Sie in den dortigen Parteistellen. — G. T. G. 33. 1. Ja. 2. Geburtsurkunde und Militärapapier. 3. Ja. 4. Ja. — R. D. G. 17. 1. Der Schwiegervater könnte eine Forderung an das Kriegsministerium verlangen. 2. Reim. — Neue Schönhauserstraße. 1. Reim. 2. 3. Ja. — Veritas. Das thätlich auch Beiträgen gegenüber, deren Hilfsbedürftigkeit anerkannt ist, die Zahlung der Jahresrente von 120 M. unterbleibt, ist von socialdemokratischer Seite in der Presse und im Reichstage wiederholt dargelegt. Sie können lediglich sich mit einer Petition an den Reichstag wenden oder Ihren Antrag wiederholen. — J. G. 32. 1. Reim, es sei denn es liegt ein Ehegeschäft vor. 2. Zwischen 50 und 60 Mark monatlich werden als angemessen erachtet. 3. In der Regel ja. — P. R. 100. Ihr Austritt aus der Landeskirche hat nur für Sie, nicht für Ihre Frau Wirkung. Diese ist zur Zahlung der Steuer verpflichtet. — D. S. 77. Jedes Spiel, bei dem der Zufall wesentlich oder allein entscheidet, kann als Glücksspiel, und wenn es gewerbsmäßig betrieben wird, als Anstalt erachtet werden. Ob bei dem von Ihnen beschriebenen Spiel die Glücksspielart oder der Zufall mehr entscheidet, beurteilt der Richter. — H. B. W. 17. 1. Das können wir nicht wissen. 2. Darüber hätte die Generalversammlung zu befinden. Nebenfalls läßt sich aber aus der Besetzung möglicherweise entnehmen, daß eine Beleidigung um deswillen nicht vorliegt, weil der angeklagte Beleidigte die Beleidigung selbst verbreitet. 3. Reim. 4. 5. Es kann der Staatsanwalt öffentliche Anklage erheben, kann die Klage auch auf den Weg der Privatklage verweisen. — J. W. Wenn Sie sofort gehen, so ist es zweifelhaft, ob Sie gewinnen werden. Die Entscheidung des Richters hängt davon ab, ob er zu der Überzeugung von der Unbemerkbarkeit der Wohnung kommt. Es ist ratsam, Sie fordern den Wert schriftlich auf, nunmehr innerhalb längstens 24 Stunden die Klage zu beseltigen und drohen ihm an, nach fruchtlosem Ablauf der Frist, auf seine Kosten einen Kammerjäger zu Hilfe zu ziehen und wenn auch der nicht helfen kann, auf Aufhebung des Mietvertrages zu klagen. Dann handeln Sie wie angedroht. Der Brief ist an den Wert, nicht an den Verwalter zu richten. — W. M. 1000. Reim. — G. 16. Ja.

Advertisement for Hugo Beling wine. Text: 'Gratis erhält am Pfingst-Sonnabend eine Probe-Flasche Blutwein. jeder Käufer beim Einkauf von 50 Pfennig an'. Hugo Beling, WEIN-GROSSHANDLUNG, Fabrik feinsten Liqueure. Includes a list of branch addresses across various Berlin districts.

